

**Annoncen**  
Annahme-Bureau: In Berlin:  
In Düsseldorf: In München, St. Gallen:  
In Halle (S. A. K. & Co.) In Wien:  
Geschenk: In Breslau:  
Friedrichs-Str. 4; In Kassel:  
Breslau, Bremen, In Stuttgart:  
Frankfurt, Leipzig, In Bremen:  
Hannover, Wien und Basel: In Frankfurt a. M.:  
Hannover & Vogler. In Düsseldorf:  
Geschenk: In Bremen:  
Friedrichs-Str. 4; In Kassel:  
Breslau, Bremen, In Stuttgart:  
Frankfurt, Leipzig, In Bremen:  
Hannover, Wien und Basel: In Frankfurt a. M.:  
Hannover & Vogler.

# Posener Zeitung.

Dreizehnter Jahrgang.

W. 76.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonnabende täglich erscheinende Blatt beträgt vier Taler für die Stadt Posen 1 Thaler für ganz Preussen 1 Thaler 24 Sch. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 31. März

Inserte 14 Sch. die fünfgebastete Zelle oder deren Raum, Himmel verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden bis an demselben Tage erscheinend Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angerommen.

1870.

## Amtliches.

Den 20. März. Se. M. der König haben Allergründigst geruht: Den Nachrichten dieser Posthoff in Elberfeld zum Nach bei dem vorher angezeigte zu ernennen; und dem Weinhandler Frederick zu Lüneburg im Fabrikanten Roeders zu Soldau den Charakter als Kommerzienrat zu verleihen.

Zur Kontrolle Henzen zu Trier und Düppig zu Düren, wie zur Hofstaller-Kontrolleur Emmerich zu Ahrweiler sind zu Steuer-anspaltung zu verleihen.

## Süddeutsche Agitation gegen den Fortbestand des Zollvereins.

Es haben in einem früheren Artikel darauf hingewiesen, wie die gegenwärtigen Oppositionsparteien in Bayern und Württemberg nicht allein auf die Entfernung dieser Staaten vom Norddeutschen Bunde durch die angestrebte Kündigung der mit Preusse geschlossenen Militärverträge hinarbeiten, sondern daß sie auch auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln darnachgingen, den Zollverein zu sprengen. Einige der süddeutschen Agitoren glauben ohne Zweifel mit der Kündigung der Militärträge auch den Zollverein über den Haufen werfen zu können; andere dagegen sind der Ansicht, daß sie durch Einführung des Militärsystems Preusse zur Kündigung der Zollverträge veranlaßt werden. Genug, die Absicht, Bayern und Württemberg aus dem Zollverein herauszureißen, liegt am Tage. Die bayerischen und württembergischen "Patrioten", vulgo Ultramontanen, waschen nichts heißen, als möglichst scharf von dem protestantischen Norden separiert zu sein, und die demokratischen Heißspornen, sogenannte "Volkspartei" gehen in ihrem Hass gegen den preußischen Militarismus so weit, daß sie, um ihre extremen Ziele zu erreichen, jedes — auch das unlauterste — Büdnis eingehen und zu den gewagtesten Mitteln greifen.

Wenn man einem münchener Korrespondenten der Augs. Abg. Stg. glauben darf, so ist es die Absicht der bayerischen Oppositionsparteien, bis zum Jahre 1877 die Staatsfinanzen in einem möglichst günstigen Zustand zu versetzen, theils durch Ersparnisse, besonders am Militärbudget, theils durch Erhöhung anderer Verordnungsbudgets. So gerüstet, meinen sie das 1877 ruhig erwarten zu können, und sind entschlossen, keinen neuen Zollvereinsvertrag mit Norddeutschland wieder einzugehen, außer unter der Bedingung der Wiederherstellung des alten Liberum veto jedes Einzelstaates und Wiederbelebung des Zollparlaments, also auf der alten unorganischen und ungefundenen Basis, die schon lange vor 1866 als unhalbar und einer Umgestaltung dringend bedürftig von allen Sachverständigen und wirklich Betheiligten anerkannt war. Ganz ähnlich, wie in Bayern, operieren in Württemberg diejenigen Oppositionsleute gegen die Fortdauer des Zollvereins, nur ist hier das Mischungsverhältnis der aus Großdeutschen und Demokraten bestehenden Oppositionskoalition etwas anders.

In Bayern, wie in Württemberg, haben die Antizollvereinmänner sich bereits nach neuen Zollalliierten umgesetzt, die sie ihrem Publikum warm und dringend empfehlen. Wie süddeutsche Blätter, z. B. der "Schwäb. Merk." melden, hat man seinen Blick vornehmlich auf Österreich, auf die Schweiz und, möglicher Weise, auch auf Baden gerichtet. Das mögliche oder sogar wahrscheinliche Ausscheiden Griekas aus dem österreichischen Ministerium hat für die Antizollvereinmänner nichts Abschreckendes, es lockt vielmehr die Ultramontanen und Großdeutschen in Bayern und Württemberg in erhöhtem Maße, mit Österreich eine Zollvereinigung anzustreben, der dann vielleicht auch eine politische Folgen dürfte. So schattenhaft nun diese Idee auch vielen nüchternen Politikern erscheinen mag, und zwar mit Recht, wie wir gern zugestehen, so wird die Existenz derselben doch durch das, was süddeutsche Zeitungen vor wenigen Tagen über das unter dem neuen bayerischen Ministerium zu realisierende Programm der bayerischen "Patrioten" mittheilen, vollkommen bestätigt, man hat folglich damit zu rechnen. Wir wollen hier die politischen Tendenzen, welche dem genannten Zollvereinsprojekt zum Grunde liegen, ganz bei Seite lassen und nur mit wenigen Worten darauf aufmerksam machen, wie die markantesten Tendenzen dieses Projektes nach unserer Ansicht ganz auf Sand gebaut und ohne realen Werth sind.

Wissen etwa die bayerischen Ultramontanen und die württembergischen Großdeutschen, was Ungarn, was die übrigen nach Autonomie ringenden slavischen Staaten und Stämme zu einer solchen Anlehnung Österreichs an deutsche Staaten, oder umgekehrt, sagen würden? Ist es überhaupt politisch klug, an das Eingehen einer solchen Interessenssolidarität mit Österreich in einem Augenblitze zu denken, wo die äußerste Verküpfung des Gesamtstaates die dortigen Staatslenker selbst im Ungewissen läßt, welche Gestalt das erschütterte Kaiserreich eines schönen Morgens haben wird? Darf man die österreichische Finanz- und Pavigeldwirtschaft und das Tabakmonopol als ein so geringes Hindernis einer Zollvereinigung ansehen, um auch nach Überwindung desselben nur das Vergnügen zu haben, Österreich seine Lasten tragen zu helfen? Oder ist für den Handel Süddeutschlands nach der Levante und Ostasien durch den Suezkanal, den man in die Wagschale wirft, absolut ein Zollverein mit Österreich notwendig gemacht, nachdem bereits die Eisenbahn über den Brenner nach Venetia und Triest und die italienische Eisenbahn nach Brindisi diese Verbindung auf ebenso nahem und nicht minder gesichertem Wege vermitteln?

Können Bayern und Württemberg den Norden von Deutschland so gar leicht entbehren? Und schließlich, können Bayern und Württemberg so recht viel am Kriegsbudget sparen, wenn sie sich von Norddeutschland loslösen und mit demselben auf einen gespannten Fuß stellen? Diese und andere Fragen sollten die bayerischen Ultramontanen und württembergischen Großdeutschen sich reichlich überlegen, bevor sie den alten Zollverein aufzuheben sich bestreben, um einen neuen von sehr problematischer Natur zu gründen.

Was nun die Bildung einer Zollvereinsgruppe mit der Schweiz anbetrifft, so hat — unseres Wissens — auf dem ganzen europäischen Kontinente die Schweiz wohl die niedrigsten Zölle; ein kleiner Schritt, — und die Schweiz hat fast denselben Freihandelstandpunkt wie England. Die Eingangs-zölle des jetzigen Zollvereins sind aber nahezu durchweg um hundert und mehr Prozent höher, als die Schweiz sie bietet, und viele süddeutsche Fabrikanten halten sich durch diese höhern Eingangs-zölle noch immer nicht für hinreichend geschützt. Seit wann sind außerdem Bayern und Württemberg darauf und daran, Freihandelsstaaten zu werden? Diese und ähnliche Beobachtungen lassen uns nur den Plan einer Zollvereinigung von Bayern und Württemberg mit der Schweiz nicht weniger wie ein Kartenzauber oder eine Seifenblase erscheinen, als die Zollvereinigung mit Österreich.

Hinsichtlich der Vereinigung von Baden mit Württemberg und Bayern, um einen Zollverein zu gründen, lohnt es wohl kaum der Mühe, noch ein Wort zu verlieren; denn Baden wird sich schwerlich für das in Rede stehende Projekt begeistern, schon aus dem einfachen Grunde, weil ihm durch den, doch nun einmal nicht abzuändernden Lauf des Rheins seine markantile Richtung unvermeidlich nach dem Gebiete des Nordbundes und nach der Nordsee angewiesen ist.

Unter solchen Umständen hat es denn mit dem Zustandekommen eines süddeutschen Zollvereins wohl nicht viel zu sagen; bis zum Jahre 1877, wo die bestehenden Zollvereinsverträge ablaufen, steht noch viel Wasser die Elbe und die Neckar hinunter, und hoffentlich tagt dann sowohl München, wie in Stuttgart, eine Volksversammlung, die nicht nur dem Namen, besteht, welche begreifen, wie das materielle und geistige Gedächtnis von Bayern und Württemberg von dem Gesamtmittel Deutschlands nicht gut zu trennen ist, wie man eine dauernde und segenbringende Freiheit anders suchen muß, als im Bunde mit ultramontanen Römlingen und unter der Führung von eitlen, selbstsüchtigen Demagogen. Hoffentlich haben wir aber auch dann in Preusse eine wahrhaft liberale und konstitutionelle Regierung, welche auf die parlamentarischen Körperschaften mit sauer gewordenen Gesetzentwürfen zu ermüden, endlich die langersehnten Reformen schafft.

## Deutschland.

△ Berlin, 30. März. Vor Kurzem schrieb ich Ihnen, daß das große Chorale "Vancement in der Armee, welches sonst am Geburtstage des Königs zu erfolgen pflegt, bis zum 3. August, dem 100-jährigen Geburtstage Friedrich Wilhelms III., verschoben worden sei. Wie die "Prov. Korr." heute mittheilt, wird dieser Tag zugleich durch die Enthüllung des für diesen König im hiesigen Lustgarten errichteten Monuments gefeiert werden. Ganz vollendet wird jedoch das Denkmal bis zu den Termine nicht sein. Die Hauptstatue ist zwar fertig, doch fehlen noch andere Bestandtheile des Monuments, namentlich von den Figuren, die am Fuße angebracht werden sollen. Es wird daher auf anderem Wege eine vorläufige Darstellung der noch unvollkommenen Theile erfolgen müssen. — Da der König ohne Zweifel der feierlichen Enthüllung des Denkmals bewohnen wird, so durfte dadurch auf die Sommerreisen desselben Einfluss geübt werden. Was diese betrifft, so ist von einem Besuch Karlsbads in diesem Jahre nicht die Rede, dagegen wird als feststehend betrachtet, daß der König wiederum eine Kur in Ems gebrauchen wird. Die weiteren Reisepläne werden von den Dispositionen abhängig sein, welche über die diesjährigen Manöver getroffen werden, denen der König nach seiner Ge-wohnheit beizuhören beabsichtigt. — Die Bill zur Wiederherstellung des Friedens in Irland, die namentlich in ihren auf die Presse bezüglichen drakonischen Artikeln denen, welche England immer als Musterstaat freiheitlicher Zustände darstellen, zum Studium zu empfehlen ist, ist im Unterhause im Komitee durchberaten worden, ohne wesentliche Änderungen erfahren zu haben. Ihre Annahme im Plenum ist daher wohl gesichert. Jene Repressiv-Maßregeln gegen die Presse, denen in Deutschland nirgend Ähnliches an die Seite zu stellen ist, erfüllen allerdings Einwürfe, Gladstone äußerte sich aber dabei in einer Weise, die sehr bezeichnend ist. Er sagte, die bis jetzt geltenden Gesetze ermächtigten die Regierung allerdingen, die Aufreizung zu hochverrätherischen Handlungen zu bestrafen, es komme jetzt aber darauf an, solche Versuche der Presse zu ahnden, die „das Volk in hochverrätherische Gemüthsverfassung (reasonable attitude of mind) zu versetzen geeignet wären.“ Was würde wohl unser Landtag oder Reichstag dazu sagen, wenn ein Minister ihnen ein Gesetz mit solchen Absichten empfehlen wollte! Das einzige Zugeständniß, welches die Regierung gemacht hat, ist, daß die angedrohten Maßregeln erst nach einer vorgängigen (blos einer) Verwarnung eintreten sollen. — Der neue österrei-

chische Hofrat Alaczko hat (dies scheint der erste großer Auftrag für ihn zu sein) die Weibung erhalten, eine antisemitische Broschüre zu schreiben, die der Form nach eine Widerlegung der Hadickeffischen Flugschrift ist.

○ Berlin, 30. März. Ichtheilte Ihnen kürzlich, daß im Ministerium des Innern eine Denkschrift über Nothstand in Ostpreußen ausgearbeitet werden soll, welchem Gehalt ist nicht recht ersichtlich. Man hat sich wollen, daß diese Ausarbeitung für die arbeitsordentliche Sitzung des Landtags im Zusammenhang mit finanziellen Forderungen bestimmt sei, indessen vermöchte ich wenigstens diese Angabe zu verbürgen. Daß die Thatache selbst richtig beweist, kein Widerspruch entgegengestellt worden ist, obwohl sie von hiesigen Blättern, wie üblich ohne Quellenangabe, aperiodig ist. Eine andere Ausarbeitung welche, wie in unterschiedenen parlamentarischen Kreisen lautet, kürzlich von der Regierung vorgenommen worden ist, ist ihrem Zweck noch durchsichtiger und verständlicher. Sie betrifft eine genaue Ermittelung und Erhebung sämtlicher auf die letzten Wahlen bezüglichen Verhältnisse, die damals eingetretene Veränderungen, die Klassifizierung der Parteien, die Stärke derselben, die besonderen Umstände, unter denen die Wahlresultate erfolgt sind u. s. w., und sie ist offenbar bestimmt, Anhaltpunkte für das Verfahren der landräthlichen und sonstigen Behörden zu liefern resp. Material für die denselben zu ertheilenden Anweisungen und die allgemeine Beurtheilung zu geben. Obgleich seit 1867 viele Veränderungen eingetreten sind und Schlussfolgerungen aus den damaligen Verhältnissen nicht ohne Weiteres maßgebend sein können, so ist doch der Vortheil einer solchen mit umfassender Kenntnis des einschlägigen Materials entworfen Denkschrift nicht ganz zu verneinen anzuschlagen. Die Agitation der Konservativen gewinnt daurch einen Vorsprung, der nur durch eine unermüdliche Thätigkeit namentlich der Vertrauensmänner der liberalen Parteien in den Provinzen wieder gut zu machen ist. Uebrigens herrscht in den intimen Zirkeln der Konservativen, die sich gegenwärtig bei Hrn v. Moon versammeln, die hoffnungsvolle Überzeugung, daß für den Reichstag eine Konervative Majorität vorliege, auf die gesuchte. Sicher aber steht über das bevorstehende Ende der Regierung des Fürsten Karl von Rumänien gelangen. Daß der Fürst von Hohenzollern bei seiner jüngsten Anwesenheit hier sowohl mit den leitenden Staatsmännern, als mit dem König konferierte, ist bei seiner Stellung am Hofe fast selbstverständlich, und auch, daß das Schicksal des rumänischen Staates namentlich in Bezug auf das Verhalten Frankreichs und Russlands dabei ins Auge gefaßt wurde, ist leicht erklärl. Jedenfalls übertrieben ist aber, wenn es heißt, daß dieses Ereignis (das Ende des rumänischen Staates) bereits als unabwendbar ins Auge gefaßt werde. — Die Magistratsvorlage in Betreff der Bildung der 3 Wählerklassen scheint nicht ganz richtig aufgefaßt worden zu sein. Es handelt sich darum, an Stelle der Einschätzung nach den Grundzügen der Klassensteuer, welche bisher für die stimmberechtigten Bürger üblich war, die nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden, den Maßstab des Einkommens zu setzen. Die Städte-Ordnung läßt für die mahl- und schlachtfreipflichtigen Städte die Wahl zwischen beiden Einschätzungsformen frei, und nachdem die Gemeinde-Einkommensteuer zu Stande gekommen, scheint es dem Magistrat ratslich, die bisherige Form der Einschätzung, die manche Nachtheile im Gefolge hatte, zu verlassen und auf das Einkommen allein zurückzugreifen. Offenbar bildet dasselbe auch einen weit gerechteren Maßstab für die Beurtheilung des Wahlrechts.

○ Berlin, 30. März. [Sachsens Anträge bei dem Bundesrath. Eisenbahnbetriebsreglement. Strafgesetzbuch. Soiree.] An den Bundesrath sind von Seiten des Königreichs Sachsen zwei Anträge gerichtet worden, welche sich auf den ärztlichen Stand beziehen. Einer dieser Anträge weist auf die Strafen hin, welche die Gewerbeordnung für die betrügerische Anmaßung der ärztlichen Qualifikation aufführt, während andererseits ein Mediziner dort den Doktortitel erwerben und so straflos bleiben könne, wenn er sich als Doktor der Medizin gerire, ohne praktischer Arzt zu sein. Um nun den Inkovenienzen, welche aus diesem Konflikt zwischen der vulgären Bedeutung des medizinischen Doktortitels und den Bestimmungen der Gewerbeordnung entstehen würden, thunlich zu befränken, wünscht Sachsen, daß die medizinischen Fakultäten bei den norddeutschen Universitäten in Zukunft die Doktorpromotion von Angehörigen des Bundes niemals vor Ablegung der Approbationsprüfung vornehmen möchten. Es wird dem Bundesrath anheim gegeben, nach dieser Richtung hin eine Regelung von Bundeswegen einzutreten zu lassen, oder darüber eine Vereinigung unter denjenigen Bundesstaaten herbeizuführen, welche Universitäten haben. — Der zweite Antrag bezieht sich auf die Festsetzung der naturwissenschaftlichen Prüfung der Aerzte, in Bezug auf welche bisher an den Universitäten der norddeutschen Staaten sehr verschiedenartige Einrichtungen bestanden. Es wird in der kurzen Motivirung des Antrages u. A. darauf hingewiesen, daß ein Erlass des preuß. Ministeriums für Unterricht und Medizinal-Angelegenheiten vom Oktober v. J. auf eine bei den Staatsprüfungen häufig hervorgetretene große Unkenntnis vieler Kandidaten in den medizinischen Naturwissenschaften, namentlich in der Botanik, zu schließen.

stattet. Die f. sächsische Regierung ist der Ansicht, daß über das tentamen physicum, d. h. für die bestehende Prüfung über Naturwissenschaften speziellere Vorschriften von Bundeswegen ertheilt und dabei namentlich berücksichtigt würde, daß die Aspiranten bei dieser Prüfung auch in den beschreibenden Naturwissenschaften und zwar in der Botanik jedesmal, in der Zoologie und Mineralogie aber vielleicht abwechselnd durch wirkliche Fachmänner examiniert werden. Es soll dadurch erreicht werden, daß einerseits die beschreibenden Naturwissenschaften nicht allzusehr vernachlässigt und andererseits bei allen Prüfungsbehörden der Aerzte im Nordd. Bunde gleich hohe Anforderungen gestellt würden. — In der letzten Sitzung des Bundesrates ist, wie emeldet, auch ein für alle Gi. ahnen im Nordbunde gültiges Betriebsreglement vorgelegt worden. Das sehr umfassende Reglement ist aus den vom deutw. Eisenbahnverein auf Grund Handelsgesetzes vom 1. März 1865 hervorgegangen, jedoch sofern Änderungen getroffen, als dies durch den Zweck, nämlichen Verkehr auf den norddeutschen Bahnen einheitlich zu bedingt oder durch die Rücksicht auf berechtigte Wünsche ikums, namentlich bezüglich der Lieferfristen und der t veranlaßt oder endlich durch die auf den preußischen gemachten Erfahrungen als zweckmäßig erprobt auf den deutschen Vereinsbahnen festgestellten Frachtare sind beibehalten worden, um eine Störung in rübeziehungen mit den nicht im Nordd. Bunde belegenen men zu vermeiden. Die Eisenbahnverwaltungen sollen ver erden, die Anwendung des Reglements auch für Transporte, über das Bundesgebiet hinaus erstrecken, zu erstreben, was erreichbar ist. Das Betriebsreglement zerfällt in 2 Abschnitte: Förderung von Personen, Reisegepäck, Leit Fahrzeugen und lebenden Thieren in 45 Paragraphen und Förderung von Gütern in 26 Paragraphen mit sehr vielen und genauen Detailbesteuierungen des Publikationstermins vorbehalten. Jede Eisenbahnverwaltung hat Exemplare des Betriebsreglements für das Publikum bereit zu halten und demselben gegen Erstattung der Kosten zu überlassen. Abänderungen sind zulässig, müssen aber durch das Bundesgesetzblatt und auch von den Eisenbahnverwaltungen in je einem am Ende derselben erscheinenden öffentlichen Blatte gültig publiziert werden. — Bei der demnächst beginnenden Beratung des noch erübrigenden Theiles des Strafgesetzbuches in 2. Lesung, worüber die Kommission berichtet, beabsichtigt die Fortschrittspartei Anträge über die Preßvergehen und die Verjährungsfristen derselben einzubringen. Der Kaiserl. französische Botschafter Graf Benedetti gab gestern eine glänzende diplomatische Soiree, bei welcher von Mitgliedern der Botschaft eine Blüette „Le postscriptum“ zur Aufführung gelangte.

Der „St.-Anz.“ veröffentlicht 1) das Gesetz, betreffend die Einführungsbestimmungen zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch für das Fädergebiet und die Einführung verschiedener seerechlicher Vorschriften in dasselbe, vom 9. März 1870; 2) das Gesetz, betreffend Abänderungen des Gesetzes vom 17. Februar 1868 (Geset. Samml. S. 71 über die Aufnahme einer Anleihe von 40 Millionen Thalern der Eisenbahnverwaltung, die Befreiung der Eisenbahnverwaltung vom Zoll, vom 1. Januar 1870); 3) den Allerhöchsten Erlass vom 19. Februar 1870, betreffend die Befreiung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Heiligenbeil, im Regierungsbezirk Königsberg, für den Bau und die Unterhaltung einer Zweigchaussee von Rehfeld nach Deutsch-Thierau, welche bei Rehfeld an die vom Kreise unternommene Chaussee von Heiligenbeil nach Lichtenfeld sich anschließt.

Die heutige „Prov.-Korresp.“ bespricht den bevorstehenden Ablauf der Landtagsperiode. Das Mandat des Abgeordnetenhauses, bemerkte sie, läuft bis zum 15. November 1870. Se wichtiger die Aufgaben des Landtags auch in der nächsten ordentlichen Session sein werden, desto mehr wird sich die Notwendigkeit geltend machen, die Möglichkeit einer zeitigen Einberufung derselben sicher zu stellen. Zu solchem Zweck werde sich die Regierung voraussichtlich veranlaßt sehen, zur Auflösung des Abgeordnetenhauses einige Zeit vor dem Ablauf der Legislaturperiode zu schreiten.

Der Bundesrat des Norddeutschen Bundes hat in seiner Sitzung vom 26. d. M. aus den Mitgliedern seines Ausschusses für Rechnungswesen zu Mitgliedern der Bundes-Schuldenkommission für die Session von 1870 gewählt: den f. sächsischen Geh. Justizrat Klemm und den herzogl. braunschweigischen Geheimrat v. Liede. Als Vorsitzender des Ausschusses für Rechnungswesen ist der f. preußische Wirkl. Geh. Ober-Finanzrat und Ministerialdirektor Guenther Mitglied der Bundes-Schuldenkommission.

## Theater.

Mit einem Zagen sahen wir der Aufführung des Shakespearischen „König Heinrich IV.“ entgegen, in welchem Hr. Ferdinand Dessoir mit seiner letzten, aber nicht schlechtesten Leistung, der Darstellung des „Sir John Falstaff“, von dem posener Publikum zu scheiden gedachte. Mit einem gewissen Zagen, weil uns der „Falstaff“ Dörings noch lebendig im Gedächtniß war und das „unsterbliche Behagen“, welches diese Rolle des großen Berliner Mimen jedem in die Seele zu werfen geeignet ist. Wird Dessoir eine Kopie des Döringschen „Falstaff“ geben? Wird er gut daran thun, wenn er die unsterbliche Leistung Dörings ignorirt, und mit einer selbstständigen neuen Aufführung zu jenem in eine schwerlich glückliche Konkurrenz tritt? Oder ist es unkünstlerisch, ein Bild, das nun einmal als vollendet, als musterhaft angesehen wird, so getreut zu kopiren, daß man es vom Original nicht unterscheiden kann denn daß Dessoir, wenn er als Kopist auftrat, das Mögliche eisten konnte, wußten wir? Unsere Erwartung war sonach eine Reihe von Fragezeichen, auf welche eine klare und bestimmte Antwort zu geben Hr. Dessoir nicht unterlassen hat.

Seine Leistung war in der That eine ausgezeichnete Kopie Dörings, aber innerhalb der durch das Vorbild gesetzten Schranken doch so frei und unabhängig, in einzelnen, wir möchten sagen, lokalen Nuancen so sicher (wir erinnern an die Nachahmung des Hrn. Mayer (König Heinrich IV.) in Stimme, Dialekt, Haltung, welche der improvisirten Dialogszene zwischen Hr. Heinz und dem den König vorstellenden Sir John einen Reiz gab), seine selbstständigen Zuthaten waren so Richtung des Döringschen Humors weitergearbei-

— Der König von Sachsen und noch ein anderer Bundesfürst, in dessen Lande die Todesstrafe abgeschafft ist, sollen nach der „Post“ an den König von Preußen eigenhändige Schreiben gerichtet haben, in denen sie für das Majoritätsvotum des Reichstages plaudren.

— Die Angelegenheit des Krankenhauses Bethanien, welches bekanntlich von dem verstorbenen Könige Friedrich Wilhelm IV. gegründet ist, soll, wie offiziös geschrieben wird, dahin geregelt werden, daß dasselbe zu seiner ursprünglichen Bestimmung, eine Muster-Krankenanstalt zu sein, zurückgeführt wird. In diesem Sinne werden die jetzt in dieser Sache schweden Verhandlungen geführt.

— Wie aus Fulda gemeldet wird, hat die Regierung die beabsichtigte Haushollette für den Stiftungsfonds einer da selbst zu errichtenden katholischen Universität nicht gestattet.

— Zur Affäre mit dem Musketier Link, der bekanntlich wegen schlechter Behandlung sich das Leben genommen hat, wird der „Rh. Blg.“ aus Hamm geschrieben: Unser Bürgermeister hat — nach der Beschlagnahme der diese Angelegenheit besprechenden Nummer des Tageblatts zu urtheilen — den guten Willen gehabt, diejenen eklanten Fall zur gerichtlichen Entscheidung, also zur öffentlichen Verhandlung bringen zu wollen, allein die f. Staatsanwaltschaft hob die Beschlagnahme wieder auf, und somit werden wir wohl von dem Verlauf der durch das Militär angeordneten Untersuchung wenig erfahren.

— Eine Neubildung der Landesgrenze ist, wie man der „Rh. Blg.“ schreibt, zur Begegnung der zahlreichen Nebenstände, welche durch den unregelmäßigen Lauf und die Überschwemmungen des Theilweise die Grenze zwischen dem Kreise Beuthen, im preußischen Regierungsbezirk Oppeln und dem Kreise Oltzitz, im Königreich Polen, bildenden Brynica-Klusses hervorgerufen worden, an einer näher bezeichneten Stelle erfolgt. Preußischerseits ward alles, östlich von dem neuen Grenzkanale, zwischen diesem und der bisherigen Grenze belegene Terrain an das Königreich Polen und polnischerseits alles westlich von dem neuen Kanal, zwischen diesem und der alten Grenze gelegene Terrain an das Königreich Preußen, je mit allen Souveränitäts- und Regalitätsrechten darüber abgetreten. Historisch ist zu bemerken, daß zwischen den Eigentümern des zum Austausch gekommenen Areals anderweitig Auseinandersetzungen stattgefunden haben, wonach alles Terrain östlich des neuen Kanals nur in den Besitz polnischer und alles Terrain westlich desselben nur in den Besitz preußischer Unterthanen gelangt ist.

— Die Ernennung des Herrn Theodor v. Bunzen zum Geschäftsträger und General-Konsul für Norddeutschland in Peru ist erfolgt. Herr v. Bunzen hat sich zunächst nach Hamburg begeben.

**Schwerin**, 30. März. (Tel.) Der am 18. März zu Berlin zwischen Mecklenburg und Belgien abgeschlossene Vertrag wegen Ablösung des Scheldezolles enthält 4 Artikel.

Der erste Artikel stellt den Beitritt Mecklenburgs zum Hauptvertrage von 1863 fest. Art. 2 sichert Mecklenburg alle den Börsverein zugestandenen Begünstigungen. Nach Art. 3 verpflichtet sich Mecklenburg zur Bezahlung von 40 Jahresabzügen à 28.000 Frs. (nicht wie bisher gemeldet worden, von 1.036.320 Frs.). Art. 4 bestimmt, daß die Ratifikation sogleich nach Zustimmung der Landstände erfolgen soll.

**Karlsruhe**, 30. März. (Tel.) Die erste Kammer genehmigte einstimmig, fast ganz entsprechend der Fassung des Abgeordnetenhauses, die Erzeugnisse pro 1870—71, sowie das Militärstaatgesetzbuch, nebst Ausführungs- und Verwaltungsvorschriften.

— „Staatsanzeiger“ lautet wörtlich:

„Schon bei der Erwerbung des Hauptfinanzats hatte die Regierung die großen Schwierigkeiten mögl. erkannt, welche eine beträchtliche Steuererhöhung, insbesondere für die von dem Kriegsminister als unerlässlich erklärten Anforderungen für das Kriegsdepartement begegnen mühten. Nach dem Zusammentritt der Stände, nach der Einbringung des Antrages der 45 Abgeordneten und nach der Stellung der Finanzkommission zu diesem Antrage war ein Zweifel nicht mehr möglich: Sämtliche Minister erkannten die Unzulänglichkeit, auf den gestellten Anforderungen zu beharren. Die Erklärung des Kriegsministers, daß er diesen ermächtigten Etat nicht zu vertreten vermöge, veranlaßte das Gesamtministerium, seine Entlassung anzubieten. Der König entschied, den Wünschen des Landes Rechnung zu tragen durch eine erneute Prüfung des Finanzats befußt Erzielung möglichster Ersparnisse, insbesondere im Kriegsetat, soweit solche mit der Erhaltung der Kriegsfähigkeit des Heeres vereinbar seien. Ein dahin ziehender Plan ist in der Ausarbeitung begriffen. Die Bestandtheile derselben sind die Beschränkung des Formationsstandes der Linie, wodurch zugleich der Bedarf an Recruiten vermindert wird, sowie die Festsetzung der Präsenzzeit auf das niedrigste zulässige Maß. Eine Aenderung des Kriegsdienstgesetzes in Absicht auf die beschränkte Biedereinführung des Stellvertretung zum Zwecke der Gewinnung eines reichlichen Unteroffizierstandes ist in Erwägung gezozen. Wesentliche Erleichterungen hinsichtlich der Kontrollvorschriften für die Reserve und Landwehr aus Gründen der gemachten Erfahrungen sind vorbereitet. Den Forderungen und Zielen allerdings, welche die bekannte Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz aufgestellt hat und verfolgt, wird die neue Vorlage nicht entsprechend gefunden werden. Diese sind aber auch keineswegs von Alten getheilt, welche eine Erleichterung im Militärwesen, in finanzieller und volkswirtschaftlicher Hinsicht geboten erachteten.“ Weiter heißt es: „Diese Erleichterung, welcher die Regierung und die Kammer entgegenseht, wird auch die Politik der Regierung in der Deutschen Frage

umfassen. Es wird dann abzuwarten sein, ob die gänzlich unbegreifliche Verdächtigung der Art, daß Mahnungen der preußischen Regierung die württembergische ergangen oder daß das Ministerium Winken usw. zu hören sei über die Stellung derjenigen, welche Änderungen in den Militäreinrichtungen verlangen.“ In Bezug der Verträge mit Preußen heißt es: „Diese Verträge will das Ministerium aufrichtig und gehalten wissen, und kein Zweifel soll darüber bestehen, daß die Legung ebenso entschlossen die Selbständigkeit Württembergs zu wahren willens ist, den Aufreizungen zum Vertragsbruch und den Anfeindungen des durch den Freuden mit Preußen anerkannten Rechtszustandes innerhöher verfassungsmäßigen Stellung entgegenzutreten.“

**München**, 30. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung berieb die Kammer über die außerordentlichen Militärdienste. Ja der Debatte erklärte der Ministerpräsident Hr. Brax:

Der Zweck der innern Politik Bayerns sei die Versöhnung, nöthig die Erzielung von Kompromissen, und die Beseitigung unbegründeter Bevorgnisse. Die Regierung sei keine Parteideregierung. Bezuglich der äußeren Politik ist uns ein enger Weg vorgeschrieben, von dem wie wir dies noch links uns weit entfernen dürfen. Wir wollen unsere freie Selbständigkeit unversehrt erhalten.“ Graf Brax thiebt nicht die Ansicht über die Unhaltbarkeit der jetzigen Lage. Die Lage Bayerns sei eine unangenehme. Jede ernste Drohung würde Komplicationen hervorrufen, denen sie die größte Macht nicht hinzugehen werde. Der Minister versichert eine ehreliche und loyale Politik. Es giebt keine geheimen Verträge, keine heimlichen Verpflichtungen, keine Geheimnisse der Politik Bayerns. „Wir wollen Deutsche, aber auch Bayern sein.“ Die Verträge vom 1866 sind der einzige Erfolg für den durch den Krieg zerstörten Bund, sie haben eine offensive Bedeutung, sondern nur den Zweck der Abwehr. „Wou wir Verbündeten daran gelegen sein muß, daß wir nicht wehrlos sind, so haben wir noch ein höheres und mächtigeres Interesse daran.“

Im weiteren Verlaufe der Generaldebatte, ergreift der Kriegsminister Frhr. v. Prandtl das Wort, um sich entschieden gegen die Herabsetzung der Präsenzzeit auszusprechen. Der Minister betonte, die bayrische Armee müsse an Stärke den fügenden Heeren Deutschlands relativ gleichkommen, ein Systemreihen wäre jetzt, wo die eingeführten Reformen kaum Früchte tragen hätten, die Desorganisation der Armee; in der Einsicht des Militärsystems könne Bayern nicht vorangehen.

**Deutschland**.

**Wien**, 30. März. (Tel.) Im Abgeordnetenhaus erließ der Präsident ein Schreiben des Ministers des Innern, durch welches das Haus zur Vornahme der Delegationswahlerrufung fordert wird. Seitens desselben Ministers erfolgt sodann die Vorlage des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Staatsgründungsgesetzes durch die Einführung direkter Reichsratswahlen für Fälle der Nichtannahme und Niederlegung der Reichsratsmandate. — Abg. Reichauer und Genossen legen dem Hause einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die Verfassung dahin abgeändert werden soll, daß der Reichsrath, statt wie bisher in Herren- und Abgeordnetenhaus, von nun an in Landerhaus und Volkshaus zerfallen würde. Das Landerhaus soll aus den Abgeordneten der einzelnen Landtage bestehen, das Volkshaus dagegen durch unbedingt direkte Wahl bestimmt werden. Der Antrag wird hinzueinander gestellt.

**Frankreich**.

Wie vorw. in der „Münchner Presse“ wurde, daß der Justizminister Emile Olivier das Projekt zum neuen Senatsbeschuß so wie das Exposé vor, welches demselben vorangeht. Der Senatsbeschuß lautet:

Art. 1. Der Senat thiebt die gesetzgebende Gewalt mit dem Kaiser und dem gelegenen Körper. Er hat die Initiative zu den Gesetzen. Indes muß jedes Steuergesetz vor dem gelegenen Körper vorliegen. Art. 2. Die Zahl der Senatoren kam bis zu zwei Dritteln der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, die Senatoren von Reichswegen nicht mit einbezogen, verhältnis werden. Der Kaiser kann nicht mehr als 20 Senatoren ernennen. Art. 3. Die konstituierende Gewalt, welche die Art. 31 und 32 der Verfassung vom 14. Januar 1852 dem Senate zugeschrieben, hört auf zu bestehen. Art. 4. Die dem gegenwärtigen Senatsbeschuß angehängten Dispositionen, welche aus den Plebisitzen vom 14. bis 21. Dezember 1851 und vom 21. bis 22. Nov. 1852 bestehen oder daraus entspringen, bilden die Verfassung des Kaiserreichs. Art. 5. Die Verfassung kann nur vom Volke auf Antrag des Kaisers abgeändert werden. Art. 6. Es sind 31, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 62 und 57 der Verfassung, wie auch alle den gegenwärtigen Senatsbeschuß entgegenlautenden Gesetzesbestimmungen, die ohne Nachteil sind für die Abschaffung, welche aus dem Plebisitzen vom 21. und 22. Nov. 1852, sowie aus den seitdem erlassenen Senatsbeschlüssen, namentlich dem vom 3. Sept. 1869, entspringt. Art. 7. Die Dispositionen der Konstitution vom 14. Jan. 1852 und jene des Senatsbeschuß seit jener Epoche, welche nicht im Anhange zum Art. 4 wiedergegeben sind, verbleiben gesetzlich in Kraft. Hier folgt der Antrag, welcher die Art. der neuen Verfassung enthält.

Gestern erließ der Untersuchungsrichter Bernier wieder über 30 Verhaftungsbefehle gegen solche, welche in das Komplott verwickelt sein sollen. Mehrere derselben können aber nicht ausge-

tet, daß eine einheitliche Wirkung auf das zahlreiche Publikum gar nicht ausbleiben könnte.

Fallstaff gibt in der 4. Szene des 2. Aufzuges die Ingredienzien seines Wesens selber getreulich an; nach dieser Stelle haben seine Darsteller sich zu richten, wenn sie diese großartige Schaumblase des Humors, welche die ganze Weltliteratur aufzuweisen hat, mit Erfolg auf der Bühne wollen schillern lassen. „Dass er alt ist, Gott sei es gelagt! seine weißen Haare bezeugen es; daß er aber ein Mädchenjäger ist, das leugne ich ganz und gar. Wenn Gott und Zucker fehler sind, dann stehe Gott dem Lasterhaften bei! Wenn alt und lustig sein eine Sünde ist, dann ist mancher alte Schanfwirth, den ich kenne, verdammt. Wenn dick sein Hass verdient, so müssen Pharaos magere Kühe geliebt werden.“ In diesen Worten ist Fallstaffs gesammtes Lebensprogramm so klar und deutlich vorgezeichnet, daß ein denkender Künstler eine richtige Auffassung gar nicht verfehlten kann. Versezt er überdies noch den Epikurier in Fallstaff mit dem feigen Bramarbas, der sich lügenhaft, aber mit Laune fremder Thaten rühmt, an dem er keinen andern Theil hat, als daß er von ihnen den möglichst größten Profit für seine unsterblichen Eß- und Trinkwerkzeuge zieht, so steht die Figur fertig da, sowie sie Shakespeare gedacht und das lustige Altengland belacht hat.

Hr. Dessoir hat in Maske, Haltung, Sprache und Mimik sich nach den Vorschriften des Dichters oder, wenn man will, seines Vorbildes Döring getreulich gerichtet. Von Anfang bis zu Ende als Schmarotzer, als Prahler, als Scheintodt neben Percy's Leiche, als Memme und als Spaziermacher war er eine psychologisch geschlossene, einheitliche, nach keiner Richtung hin ein Zuwiel oder Zuwenig bietende Figur. Manchem wird vielleicht

manches outrirt und übertrieben erschienen sein, aber Übertreibungen hatte Shakespeare beabsichtigt, weil sie sein Publikum, das englische Volk, so verlangte. Es wäre thöricht, der Leistung des Künstlers einen einschränkenden Vorbehalt anzuhæften, weil sie nicht originell ist. Eine solche Kopie steht beinahe auf der Höhe des Originals.

Das Zusammenspiel ging munterer und besser, als wir unsern Bühnenkräften zugetraut hatten. Hr. Einicke gab den „Prinz Heinz“ zwar noch immer etwas zu steif und eckig; es fehlte im Ganzen die hohe Objektivität, die souveräne Sicherheit, mit der sich dieser Ausbund von einem lustigen Prinzen den Ergötzlichkeiten seines unsauberen Jugendlebens hingiebt, ohne daß sein eigentliches Wesen von diesen Dingen tiefer berührt wird. Dieser Prinz muß nie vergessen lassen, daß er die Höhen wie die Tiefe des Lebens gelassen und mit einer geistigen Emanenz beherrscht, der die ganze physische und Willensenergie eines englischen Vollblutmannes moderierend zur Seite steht. Stellenweise erhob sich aber Hr. Einicke zu dieser Auffassung und dafür geblüht ihm Anerkennung.

Besser gefiel uns der „Percy“ des Hrn. Giers; es war etwas von der edlen, hohen, aber in ihrer Wildheit soldatisch beschränkten Gestalt in seiner Leistung; wenn nur nicht das Organ des Künstlers mitunter störend gewirkt hätte, wie besonders in der Szene mit „Käthchen Percy“, welche von Fräulein Guinard dargestellt wurde. Sonst sind noch der „König Heinrich IV.“, welchen Hr. Mayer mit etwas zu geschraubtem Pathos, und der „Poins“ des Hrn. Ham in erwähnenswerth.

Bedenfalls war dieser Bühnenabend der anregendste und geistig inhaltreichste der ganzen Saison.

führt werden, da sie gegen Männer, wie Mazzini, Felix Pyat und Blanqui gerichtet sind, welche sich nicht in Frankreich befinden. Gustav Flourens, der sich bis vor Kurzem heimlich in Paris aufhielt, ist jetzt in London. Ein Schreiben desselben lautet:

London, 28. Panton Street, Haymarket, 23. März 1870. Lieber Freund! Die bonapartistische Polizei vergeblich thätiglich ihre Zeit. Gestern strolchte ein Herr vor dem Thore des Hotels umher, welches ich in diesem Augenblick hier in London bewohne. Er bot einem der Kellner des Hotels ein Glas Bier an und versprach ihm eine monatliche Pension von so und so viel, wenn der junge Mann darauf eingehen würde, ihm meine Briefe zu übergeben oder wenigstens in die Adresse meiner Briefe schen zu lassen. Ich bewachte jetzt diesen Herrn, eben so wie zwei andere, die mir gestern Abend die Ehre erweisen, mir nachzugeben. Ich habe sie weit spazieren geführt und sie dann am Strand verloren. Denjenigen, der sie mir aber wiederfindet, verwechsle ich eine anständige Belohnung. Und für so etwas vergeblich man das französische Geld, während die vom Schneider-Pascha aus Exil vertriebenen Arbeiter mit Weib und Kind Hungers sterben! Das ist die Weise, wie man ein Komplot schmieden will, ohne Zweifel nach der Art derjenigen von Bologne und Straßburg, während in ganz Frankreich nur ein großes Komplot besteht, welches am hellen Tage vor der gesammten Nation geschmiedet wird, nämlich das der öffentlichen Verachtung und Enttäuschung. Ihr Gustav Flourens.

Paris, 30. März. (Tel.) Die gestern verbreiteten Gerüchte über eine Unpässlichkeit des Kaisers sind unbegründet. Der Kaiser präsidirte heute einem Ministerrath.

### S p a n i e n.

Madrid, 29. März. (Tel.) Von amtlicher Seite wird die von New York aus verbreitete Nachricht über einen auf Kuba stattgefundenen Kampf für unrichtig erklärt.

### I t a l i e n.

Florenz, 26. März. Im Senate gelangte heute die Interpellation des Senators Conforti wegen der Ereignisse von Parma und Piacenza zur Verhandlung. Conforti resumirte kurz die bekannten Thatsachen und kam dann auf die Ermordung des Generals Cossier in Ravenna zu sprechen; derselbe sei von einem Polizeiinspektor ermordet worden und ein anderer Polizeibeamter hätte die Freiheit gehabt, zur Feier des Tages, so zu sagen, an demselben Abend einen Ball zu veranstalten. General Mobilian habe nach Übernahme der Präfektur für erforderlich erachtet, alle Sicherheitswachen durch Garabiniere aus der Stadt entfernen zu lassen. Wenn auch die Unruhen in Parma mit dem Morde Cossiers in seinem Zusammenhang ständen, so wären dieselben doch schwerlich auszubrechen, wenn nicht die Aufführer sich geschmeidelt hätten, daß ähnliche Erhöhungen gleichzeitig noch in vielen andern Städten stattfinden würden, und in Piacenza und Bologna sei diese Hoffnung auch in Erfüllung gegangen. Redner schloß damit, daß er von der Regierung weitere Aufklärungen namentlich in Betreff dessen, was sie gegenüber der verdächtigen Haltung einzelner Unter-Offiziere zu thun gedenke, erwarte. — Der Minister des Innern Lanza sagte:

Die Regierung habe ein wachsames Auge auf die geheimen Umtriebe gerichtet; sie habe unter dem 22. vom Präfekten von Genua telegraphische Auskunft darüber verlangt, ob ein gewisser Demand (Mazzini?) legitim in Genua gewesen sei und dort vierzehn Tage lang in einem gewissen Hause gewohnt habe; er (der Präfekt) möge auf der Hut sein, da die Regierung argwöhne, daß von einem Augenblick zum andern in Genua eine revolutionäre Erhebung stattfinden könnte. Der Präfekt habe durch den Telegraphen geantwortet, daß der gewisse Demand legitim nicht in Genua gewesen sei und daß, wenn man einige Revolutionäre Unruhen zu erregen wünsche, alle Vorsichtsmäßigkeiten getroffen seien, um in Ausbruch zu verhindern. Es sei nur aber eine bekannte Tatsatz der Verschwörer, in der einen Stadt in ostentativer Weise mit einer Erhöhung zu drohen, um in einer andern Stadt mit um so größerer Hoffnung auf Erfolg operieren zu können; es sei materiell unmöglich zu verhindern, daß sich auf irgend einem gegebenen Punkte Revolutionäre vereinigen, die vereinzelt von verschiedenen Seiten aus sich dorthin begäben. Wie es scheint, sei Bologna dazu aussersehen gewesen, das Hauptquartier der Revolutionäre der ganzen Romagna zu werden. Jener Sicherheitsbeamte in Ravenna, welcher am Abend der Ermordung Cossiers einen Ball veranstaltet habe, sei abgesetzt; die Sicherheitswachen unvermutet aus Ravenna herausgegangen. Die gesamte Bevölkerung mißbillige diese feindseligen Angebungen gegen die Monarchie; die republikanische Partei habe nur eigt. wie schwach sie sei.

Florenz, 28. März. In der Kammer beantragte heut Bassani die Einziehung des Gesandtschaftspostens in Karlsruhe, da die Gesandtschaften in Berlin und München völlig ausbreiten. Da sich der Minister Visconti-Benosa und der Deputierte Verständig gegen die Einziehung aussprachen, wurde der Antrag verworfen.

Florenz, 29. März. (Tel.) Die Deputirtenkammer hat den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten dem Regierungsentwurf gänzlich genehmigt. — Die Zeitungen konstatiren, daß auf keinem Punkte die Ruhe mehr gestört worden ist.

Rom. Die „Gazette de France“ und die „France“ schildern die kürzliche Szene in der Generalkongregation vom 22. März folgendermaßen:

Seit der Wiederaufnahme der Kongregationen bemerkte man im Allgemeinen, daß die Majorität des Konzils jede Diskussion nur mit Ungeduld erträgt. Jedes Mal, wenn ein Redner von der Minorität das Wort nimmt, glebt es ein unwilliges Gemurmel. Ein großer Theil der Majorität hört sogar die Redner ihrer eigenen Partei nicht an, wenn es nicht gerade besonders ausgezeichnete Persönlichkeiten sind. In der Sitzung vom Dienstag wurde zunächst der Kardinal Schwarzenberg unterbrochen, als er eine Bemerkung machte über den Mangel an vorbereiteten Kongregationen, wie sie bei dem Konzil von Trient stattgefunden hatten, er überwand jedoch das Gemurmel und brachte seine Rede zu Ende. Ein wahrer Sturm aber erhob sich bei der Rede des Bischofs Strohmayer. Dieser sprach gegen den Theil des Schemas der fide, welcher alle modernen Berührungen dem Protestantismus zuschreibt. Er sagte, daß der Protestantismus durchaus nicht logischer Weise als Quelle des Atheismus, des Pantheismus und des Materialismus bezeichnet werden könne und führe verschiedene große Geister unter den Protestanten an, die diese Irrihumen bekämpft haben. Er nannte Leibniz, was schon ein großes Gemurmel hervorrief, als er aber Guizot anführte, entstand ein anger Zumb. Eine Anzahl von Bischofs, besonders Italienern und Spanier verließen ihre Sitze, drängten sich um die Rednerbühne und unterbrachen den Redner. Dieser ließ sich aber nicht irre machen, und als der Raum sich gelegt, fuhr er fort und indem er sich auf ein Wort des heiligen Augustin berief, sagte er, daß unter den Protestanten in Frankreich, England, Amerika, Deutschland und in seiner eigenen Diözese viele Leute guten Glaubens seien: „errant bona fide“ (sie irren im guten Glauben); darauf erhob sich wieder ein großer Raum. Der Präsident versuchte einzutreten, wurde aber nicht gehört; Kardinal Capatti nahm dann das Wort und sagte, der Protestantismus sei nicht ausdrücklich im Schema genannt, die Protestanten seien eingeladen worden, und man habe ihnen kein Unrecht zufügen wollen. Der Raum legte sich nochmals. Nun aber berührte Mgr. Strohmayer die Frage über den Modus der Abstimmung und die neue Geschäftsordnung. Man wisse nicht, sagte er, ob die Dogmen nach einfachen Majoritätsbeschlüssen festgestellt werden sollten, wie es nach der neuen Geschäftsordnung scheine, oder mit moralischer Einstimmigkeit, wie es bei allen früheren Konzilien üblich gewesen sei. Da aber ging der Sturm noch ärger los. Man schrie

ihm zu: „Haereticus! Haereticus! — „Damnamus eum!“ Ein Bischof rief dazwischen: „At ego non damno eum!“, worauf die Anderen ihr „Damnamus“ wiederholten. Endlich mußte Mgr. Strohmayer dem Sturm weichen; er konnte seinen Vortrag nicht zu Ende führen und verließ die Rednerbühne mit den Worten: „Protestor! protestor! protestor!“ Das Geschrei der Versammlung ward außerhalb der Konzilsaula in St. Peter gehör und erregte dort eine große Unruhe.

### N u r l a n d u n d P o l e n.

Petersburg, 27. März. Wie man in unterrichteten Kreisen hört, ist die russische Regierung fest entschlossen, diejenigen Beschlüsse des römischen Konzils, welche stören in die polnischen Verhältnisse eingreifen und durch ihren fanatischen Geist geeignet sind, die Katholiken gegen andere Konfessionen und gegen die Staatsgewalt aufzuheben, dadurch für ihre Staaten unschädlich zu machen, daß sie ihnen die Publikation und dadurch ihre Bestätigung versagt. Als solche staatsgefährlichen Beschlüsse, die unter keiner Bedingung auf die Bestätigung der russischen Regierung zu rechnen haben, sind bereits bezeichnet: das Infallibilitätsdogma und der Syllabus. Man zweifelt hier nicht, daß auch die übrigen Regierungen ohne Unterschied, ob sie katholisch oder akatholisch sind, dem Beispiele Russlands folgen werden. — Ein gelehrter katholischer Geistlicher, Dr. Pichler aus München, der an der hiesigen kaiserlichen Bibliothek als Bibliothekar angestellt ist, hat in Rom, wo er sich bei Eröffnung des Konzils bis Anfang März aufhielt, den Verlauf der Konzilsverhandlungen sorgfältig beobachtet und ist hier gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer Broschüre beschäftigt, in welcher der Geist und die Tendenz der Konzilsberatungen genau dargelegt werden sollen. Die Broschüre, deren Material aus den sichersten Quellen geschöpft ist, wird in deutscher und russischer Sprache erscheinen. — Im moskauer Komitee ist das Projekt angeregt worden, zum Septbr. d. J. einen allgemeinen Slawen-Kongress zu berufen. Als Versammlungsort des Kongresses ist Moskau oder Kiew proponirt. Das Projekt wird in panslavistischen Kreisen lebhaft diskutiert.

Warschau, 27. März. Auf Veranlassung der Oberen Polizeibehörde sollen sämliche Bücher und Schriften der hiesigen öffentlichen Bibliotheken einer speziellen Revision unterworfen werden und sind Abweichungen von den approbierten Katalogen und devonierten Verzeichnissen zu registrieren und die nicht vorschriftsmäßig eingetragenen Exemplare einzusenden. Auch die Büchersammlungen der öffentlichen Anstalten mit Auskluß der rein russischen Institute werden einer Durchsicht unterzogen werden. Die Bücher, welche aus den Bibliotheken der Gymnasien und anderer Institute den Schülern zeitweise zur häuslichen Lektüre gestattet werden sollen, müssen stets vorher zur Einsicht und Genehmigung vorgelegen haben, bevor sie den Schülern zum Gebrauch ausgehändigt werden dürfen. Den Privatinstituten soll die strenge Überwachung der häuslichen Lektüre ihrer Böblinge zur Pflicht gemacht werden und sollen die Vorsteher für jeden Missgriff verantwortlich sein. Den Schulinspektoren ist es zur Pflicht gemacht, die Privatbibliotheken der Schüler dann und wann zu besichtigen. Romane sowie Bücher politischen Inhalts, gleichviel welcher Sprache, dürfen an Schüler niemals und von Geschichtswerken nur die speziell dazu genehmigten zum Lesen gegeben werden. — Ein Befehl der Oberpolizeibehörde bestimmt, daß die auf Pass hier lebenden Preußen, welche noch nicht ihrer Dienstpflicht genügen, nur Aufenthaltsarten für die Dauer von vier Wochen erhalten und sofort zur Anzeige gebracht werden sollen, wenn sie sich am Ablaufstage nicht zur Erneuerung der Karten stellen. — Die Arbeiten an den neuanzulegenden Forts sollen mit Anfang April wieder aufgenommen werden. — In einem Dorfe der radomer Parochie haben die Bauern am 20. März die Kirche verlassen, weil der aus Warschau zur Vertretung des franken Ortsgeistlichen anwesende Kleriker das am Eingange der Predigt übliche Sonntags-Evangelium in russischer Sprache abzulesen begann.

Warschau, 28. März. Der Ufa, welcher die Stadtdgradation auch über das Gouvernement Suwalki verhängt, ist nun erschienen. 15 Städte fallen hinwiederum dem Schicksal anheim, fortan als Dörfer oder als Appendices zu Dörfgemeinden zu figuriren. Nur noch das Gouvernement Warschau ist verschont. Ein weiterer Ufa vervollständigt die Degradierungsmaßregel im Gouvernement Lublin, indem er noch acht in denselben belegenen Städte in Dörfer umwandelt.

### M e r i k a.

Washington, 20. März. (Tel.) Der Präsident hat die offizielle Proklamation des Amendments betreffend das Wahlrecht der Neger, so lange abgelehnt, bis die Wiederzulassung Georgias und Texas zur Union erfolgt ist. — Präsident Grant hat dem Senate mitgetheilt, daß er von der Republik Domingo eine dreißigjährige Frist zur Ratifikation des Abtretungsvertrages erlangt habe. Die Debatte über diesen Vertrag wurde aufgenommen und die Opposition gegen denselben wird immer erheblicher. Die Bestätigung des Vertrages gilt als durchaus unwahrscheinlich.

### Norddeutscher Reichstag.

#### 31. Plenarsitzung.

Berlin, 30. März. Eröffnung um 12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, von Roon, Zachmann u. A. Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Abgeordneten Lasker, v. Bernuth und v. Hoverbeck, den Bundeskanzler aufzufordern, baldmöglichst eine Vorlage des Bundesrates über die Revision der Militärstrafgesetze herbeizuführen, ferner spätestens gleichzeitig mit der neuen Strafprozeßordnung eine Reform der Militärgerichtsbarkeit vorzubereiten auf der Grundlage, daß das Militärstrafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Strafprozesses umgeben und die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf Dienstvergehen der Militärpersonen beschränkt wird. Dagegen beantragt v. Hagemeyer mit den Freikonservativen, den Bundesstaatler zu eruchen, Vorlagen des Bundesrates zur Revision der Militärstrafgesetze sowie zur Reform der Militär-Strafprozeßordnung herbeizuführen.

Abg. v. Bernuth: Der Artikel 61, Al. 1 unserer Verfassung lautet: „Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesamte preußische Militärstrafgesetzung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung erlaubten Reglements, Anweisungen und Resscripts.“ Auf Grund dieses Artikels ist durch Verordnung des Bundespräsidiums vom 29. Dez. 1867 das gesammte materielle wie formelle preußische Militärstrafrecht im Bundesgebiet eingeführt. Die Vollmacht, die der Reichstag dazu in jenem Artikel ertheilt hatte, war ertheilt worden, weil man sich der Notwendigkeit vollkommenen Einheit auf diesem Gebiete bewußt war. Aber man war auch darüber nicht in Zweifel, daß das preußische Militärstrafrecht und Strafverfahren in vielen Punkten reformbedürftig sei,

ja daß es hinter dem Militärstrafrecht vieler anderer Bundesstaaten bedeutend zurückstehe. Diese Erwägung war auch für den Reichstag bestimmt, als er auf Antrag des Hrn. v. Forckenbeck dem Art. 61 als zweites Alinea die Bestimmung hinzufügte: „Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundeskriegsorganisation wird das Bundespräsidium ein umfassendes Bundesmilitärstrafgesetz dem Reichstage und dem Bundesrathen zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorlegen. Damit ist ausgesprochen, daß mit der Einführung der preuß. Militärstrafgesetzung nur ein Provisorium geschaffen, daß aber das Definitivum durch die Bundesgesetzgebung geregelt werden solle. Hierin liegt die formelle Berechtigung unseres Antrages. Aber auch innere und sachliche Gründe rechtfertigen ihn. Als das preußische Strafgesetzbuch von 1851 erschien, zeigte sich auch für das Militärstrafgesetzbuch das Bedürfnis einer Abänderung. Wir sind jetzt bei der Herstellung eines neuen Strafgesetzbuches, an der Hoffnung des Bündnisses komme ich bis zum letzten Momente fest, und kommt es zu Stande, zeigt sein Inhalt an und für sich, auch die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches damit in Übereinstimmung zu bringen. Es wird z. B. dem neuen Strafgesetzbuch Beständigkeit eines Beamten im Dienste mit Buchstaben bis zu fünf Jahren bestrafen, nach dem Militärstrafgesetz mit Arrest oder Festung bis zu sechs Monaten. (Hört, hört!) Die Mängelhaftigkeit des Militärverfahrens ist auch vom preußischen Abgeordnetenhaus anerkannt und selbst Graf zur Lippe erklärte, eine Revision sei unerlässlich und stellte eine baldige Lösung darüber in gewisse Aussicht, eineusage, die sie bekanntlich nicht erfüllt hat. Es herrscht im wesentlichen noch der alte geheimen Inquisitionsprozeß. Die Entscheidung darüber, ob die Strafverfolgung eintreten oder nicht eintreten oder eingestellt werden soll, steht nicht einem unabhängigen Richterkollegium, sondern auf den Vortrag des Auditore dem Richterherrn zu, d. h. dem betreffenden höheren Militärgerichtshaber zu. Beim Strafprozeß bildet die von dem Staatsanwalt eingereichten Anklageschriften die Basis des weiteren Verfahrens; der Militärstrafprozeß kennt diese Anklageschriften nicht, der Auditor sieht die Verhandlung der Sache fort, bis er sie zum Spruch reif findet, dann hält er den Schlusstermin ab und auf den Vortrag des Auditore wird dann von dem Militär-Befehlshaber das Spruchgericht begründet. Die Stellung der Vertheidigung läßt zwar auch bei dem Strafprozeß, namentlich für das Stadium der Voruntersuchung, Manches zu wünschen übrig, aber bei der Verhandlung selber ist ihr doch ein großer Spielraum eingeräumt. Im Militärstrafprozeß ist die Vertheidigung durch einen Rechtsverteidiger nur, falls die Handlung mit einer mehr als dreijährigen Freiheitsstrafe bedroht ist, gekettet und auch dann nur schriftlich und zum gerichtlichen Protokoll. Von Deffentlichkeit ist beim Militärgericht nichts bekannt, das Mittel zur Information der Richter besteht in der Verleistung der Akten und in dem dem Auditor darüber gehaltenen Vortrage. Das Urteil wird von dem Spruchgericht gefällt auf Grund der Beweistheorie der alten preußischen Kriminalordnung von 1805 es wird erkannt auf „vorläufige Freisprechung“, auf „Freisprechung wegen erwiesener Unschuld“ und auf „Freisprechung wegen nicht erwiesener Schuld“, auf „außerordentliche Strafe“ etc. Ein ordentliches Rechtsmittel gegen das Erkenntnis existiert nicht. Außerdem ist aber tatsächlich dies Erkenntnis nichts als ein bloßes Gutachten, es unterliegt weiteren gutachtlichen Beurteilungen, es kann aufgehoben, es kann abgeändert werden, ohne daß ein neues Verfahren stattfindet. Doch kann sich das Verfahren auch erneuern, und zwar wiederholt erneuern. Kurz, m. H., im Beginn des Verfahrens, im Verfahren selber im Abschluß des Verfahrens finden sich so viele Unvollkommenheiten, so schreckliche Mißstände und Anachronismen, daß ich trotz alles Vertrauens zu dem Ernst und der Pflichttreue der mit der Ausübung derselben beauftragten Männer, diese Art der Rechtsprechung in jeder Richtung verwerflich erklären muß. In außerpreußischen Bundesländern, in Sachsen, Hannover, Oldenburg, war das Verfahren vor den Militärgerichten wenigstens ein mündliches, der Vertheidigung war ein größerer Raum gelassen, die Deffentlichkeit war, wenn auch in beschränktem Grade, nicht ausgeschlossen. Da unter diesen Umständen in diesen Ländern die Befriedigung über die Einführung der preußischen Militärstrafgesetzung keine sehr große war, können Sie sich denken. (Heiterkeit und Zustimmung) Ich komme auf den dritten Punkt unseres Antrages, auf die Zuständigkeit der Militärgerichte auf Dienstvergehen. Ich führe Ihnen dafür eine für Sie alle gewiß recht schwer wiegende Autorität an, nämlich die Friedrich Wilhelms III., welcher schon in einer Kabinettordre vom 21. Juni 1808, erlassen an den damaligen Justizminister v. Schröter und den General-Auditeur v. Könen unter Bezugnahme auf die in Frankreich und England bereits eingeführte Beschränkung der Zuständigkeit allein für Dienstvergehen und mit Rücksicht auf die neue durch die allgemeine Wehrpflicht bedingte Organisation der Armee, die genannten beiden Beamten mit der Ausarbeitung eines neuen, die Militärgerichtsbarkeit auf Dienstfachen und Dienstvergehen beschränkenden Gesetzentwurfes beauftragte. Hätte nicht der große Stein bereits 1809 dem Hause Napoleons weichen müssen, das Resultat dieser Arbeiten wäre wahrscheinlich ein anderes gewesen, als daß 1809 nur die Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsfachen aufgehoben wurde. Ich will gewiß sorgfältig Alles vermeiden, was irgendwie die Disziplin der Mannschaften, die Autorität der Vorgesetzten gefährden könnte. Aber wie könnte eine solche Gefährdung dadurch eintreten, daß über eine strafbare Handlung eines Militärs die Gewalt der militärischen Gerichte erkennen, in deren Jurisdicition er sich ja auch in bürgerlichen Sachen befindet? Die Freunde des Militärgerichts behaupten freilich, in dem militärischen Dienstverhältnis geht die Persönlichkeit so ganz und gar auf, daß jedes gemeinsame Vergehen gleich als eine Verleugnung der Dienstpflicht erscheint; aber das ist ein Standpunkt, zu dem sich wohl nur Wenige erheben können. Ich wäre vollkommen bereit, in einem Falle der realen Konkurrenz, wo also ein Militärvergehen und ein gemeinsamer Vergehen zu gleicher Zeit vorliegt, daß auch im ganzen Umfang die Entscheidung über die vereinigten Fälle den Militärgerichten zu überlassen. Aber wo nur eine einzelne strafbare Handlung vorliegt, soll sich die Kompetenz allein danach regeln, ob die Strafbestimmung für dies Vergehen im bürgerlichen oder im militärischen Gesetz zu finden ist. Der exceptionelle Militärgerichtsstand darf nicht ausgedehnt werden auf Vergehen, die mit dem Dienstverhältnis in keiner Verbindung stehen und wobei dienstliche Rücksichten nicht im Betracht kommen. Die ganze Frage, um die es sich hier handelt, ist im verfloßenen Jahre Gegenstand einer sehr sorgfältigen wissenschaftlichen Behandlung auf dem Juristentage gewesen; in dieser Versammlung, welche Mitglieder aus allen Theilen Deutschlands zählte, wagten nur zwei es, die Militärgerichtsbarkeit zu vertheidigen. Ich bitte, m. H., nehmen Sie unsern Antrag in seinem ganzen Umfang an. (Bravo.)

Bundeskommisar Staatsminister v. Roon: Ich muß mir versagen, m. H., auf den Stoß einzugehen, der den Gegenstand des Vortrags des Hrn. Vorredners gebildet hat. Ich bin auf alle die Einzelheiten, die der Hr. Vorredner mit großer Sicherheit anzuführen schien, nicht vorbereitet. Aber ich diene seit 50 Jahren in der Armee und kenne das Strafverfahren, wie es gehandhabt wird, vollkommen. Nach meiner praktischen Kenntnis der Verhältnisse glaube ich, kann ich mir die Behauptung wohl erlauben, daß nicht Alles von dem Vorredner von der richtigen Seite angesehen und also auch nicht in dem richtigen Lichte dargestellt ist. Daß der Hr. Vorredner die Absicht gehabt hat, diese Verhältnisse so objektiv und richtig darzustellen, wie er sie aufgefaßt hat, bezweifle ich keineswegs, nur halte ich seine Auffassung nicht in allen Punkten für richtig. Was nun den Antrag selber anbelangt, so ist, glaube ich, darüber kein Zweifel, daß sich die Militärstrafgesetzung der allgemeinen Landesgesetze oder der allgemeinen Strafgesetze verweisen, so treten die Vorrichtungen des neuen allgemeinen Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 an ihre Stelle. Als nun vom Bundesrat die Vorlage eines allgemeinen Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund beschlossen wurde, lag es sehr nahe, auch jetzt dahin zu streben, daß die Militärstrafgesetzung im Einklang bleibe mit der allgemeinen Strafgesetzung. Es ist in Folge dessen eine Umarbeitung des Stoffes vollendet, sie hat mit im Entwurf vorgelegen, und mich hat nur Eins abgehalten, diesem Entwurf die weitere geschäftliche Folge zu geben, nämlich die wohlgegründeten Zweifel über das Zustandekommen des allgemeinen Strafgeset-

huches (Bewegung). Diese Zweifel sind seit der ersten Abstimmung in dieser Materie bis heute nicht gemindert. Es liegt also bis heute für mich kein Grund vor, diesen Gesetzentwurf seinen weiteren Weg gehen zu lassen, so lange eben diese Zweifel erhalten. Was den zweiten Punkt in dem Antrage anbelangt, so scheinen, nach der Fassung desselben zu urtheilen, die Herren Antragsteller selbst gefühlt zu haben, daß derselbe wohl ein unzeitiger genannt werden muß, und ich kann mich daher darauf beschränken, zu erklären, daß die angestrebte Übereinstimmung in dem gerichtlichen Verfahren des Militärs nicht früher wird in Angriff genommen werden können, als bis man sich geeinigt hat über ein allgemeines Strafprozeßverfahren für den Norddeutschen Bund, und das ist auch der Hauptgrund, weswegen ich auf die Ausführungen des Hrn. v. Bernuth, die sich wesentlich auf das Verfahren begeben, nicht eingehen kann.

Abg. Reichenberger: Will der Reichstag in dieser Materie einen Antrag annehmen, so muß er gleichzeitig die Linie vorzeichnen, innerhalb deren sich die Reform zu bewegen hat. Das tut der Hagemeisterische Antrag nicht, darum ist er unannehmbar. Der Militär-Strafprozeß ist wesentlich ein geheimer schriftlicher Inquisitionsprozeß und von allen zivilistischen Völkern längst verurtheilt. Ich habe gegen den Auditeur kein Misstrauen, aber es wird voraus ihm menschlich Unmögliches gefordert: er soll Ankläger und Verteidiger sein. Dass das unvereinbare Funktionen sind, leuchtet ein. Die Verteidigung ist beim Militärgericht dem Angeklagten in einer Weise beschränkt, die man jetzt kaum noch möglicher hält; es ist ihm nur gestattet, thatsächliche Momente zu seiner Entschuldigung anzuführen. Ist er dazu nicht geschickt, so liegt sein Schicksal ganz und gar in der Hand des Auditeurs. Das Militärgericht selbst ist nur aus Mitgliedern des Soldatenstandes zusammengesetzt und zwar immer nur ad hoc, also keineswegs ein ständiges; seine Mitglieder können also präsumitiv unmöglich die erforderliche praktisch-rechtliche Erfahrung in der Rechtsprechung haben. Die Appellation ist den Mitgliedern des Soldatenstandes versagt, während sie den Militärbeamten zusteht. Das ist wieder eine nicht zu begreifende Scheidung. Eine Reform ist dringend geboten, da es sich aber nicht mehr um eine Soldateska, sondern um das preußische und deutsche Volk in Waffen handelt, so lassen Sie uns den Antrag annehmen, der die allein richtige Reform fordert, nämlich den Laskerschen.

Abg. v. Luck beantragt: „In Erwägung, daß nach der Erklärung des Bundesratsvertreters eine Revision der Militärstrafgesetze bevorsteht und für die Militärstrafordnung eine solche in Aussicht genommen ist, über den Laskerschen Antrag zur L.-O. überzugehen.“

Abg. v. Hagemeyer: Nach der Erklärung des Hrn. Bundeskommis- sars könnte ich meinen Antrag zurückziehen, wenn ich für den Fall der Ablehnung des Lüdichen Antrages dem Hause nicht die Gelegenheit bieten wollte, dem Wunsche nach Reform in der Form meines Antrages Ausdruck zu geben. Wir sagen voraus, daß der Bundesrat von selbst die Reform in dem Sinne vornehmen wird, daß ein gerechtes Strafverfahren gesichert ist und entspielen uns deshalb der Entscheidung darüber, ob die Einführung des öffentlichen Verfahrens opportun oder schädlich sei. Der Kern der Differenz zwischen Lasker und mir ist die Frage der Zuständigkeit der Militärgerichte. Sie wollen sie nur für militärische Dienstoergeren und für gemeine Verbrechen kompetent sein lassen. Es fragt sich also nur, sollen die gemeinen Vergehen den Militärgerichten auch im Frieden entzogen werden? Wir glauben, das Haus hat keine Veranlassung, heute diese Frage gewissermaßen a limine zu entscheiden. Wir tragen Bedenken, eine Institution einzuschränken und zu eliminieren, die mit der Disziplin und dem militärischen Standesgeiste der Armee eng zusammenhängt. Der Soldat ist gewöhnt, die höchste Autorität nur in seinem Kriegsherrn zu sehen, er muß es auch, wenn er sich eines Vergehens schuldig gemacht hat. Der Geist der Ehre hält die Armee zusammen. Bei der Frage über die rechtl. Folgen der Buchthausstrafe räumen Sie ein, daß es bezüglich der Ehre militärische Geschichtspunkte gebe, die eine strengere Beurtheilung eines Falles, als die allgemein herrschende verlangen. Sie haben der Entscheidung des Richters, ob ein Verbrechen ehrenrührig ist oder nicht, den größten Spielraum in dem neuen Strafgesetze gelassen. Das führt dahin, daß für militärische Verbrecher diese Entscheidung unbedingt von Militärgerichten erfolgen muß, denn nur sie, die aus Standesgenossen bestehen, können die Frage so entscheiden, wie es dem Geist der genossenschaftlichen Ehre in der Armee entspricht. Deshalb bitte ich zunächst um Annahme des Lüdichen Antrages ev. um Annahme des Meiningen.

Abg. Böbel: Die Erklärung des Herrn Bundeskommis- sars ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß er die ganzen Militäreinrichtungen als ein System betrachtet. Wenn das Militär als fester Stand im Staate mehr und mehr entwickelt und vom übrigen Volke getrennt werden soll, dann bildet natürlich die militärische Strafgesetzgebung ein wesentliches Glied in diesem System. Im Militär haben wir fast durchschnittlich junge Leute im Anfange der zwanziger Jahre, die noch keine feste politische Ansicht haben, noch nicht vom Volksgeist bestimmt sind. Nichts ist natürlicher, als daß man in ihnen Anhänger wachzurufen sucht, die dem Volksgeist absolut entgegenstehen. (Oho!) Gerade in Preußen, dem ersten Militärländer der Welt, herrscht ein exklusiver Militärgericht, wie in keinem andern Staate. Seit 1867, wo die militärischen Einrichtungen Preußens auf die Bundesstaaten übertragen sind, hat sich dieser exklusive Geist auch in den kleinen Staaten in gefährlicher Weise geltend gemacht; es sind deshalb seitens des Militärs Maßnahmen vorgenommen, die man früher nicht gekannt hat. Gerade dies muß uns bestimmen, an dem Laskerschen Antrage festzuhalten. Keine Materie der Bundesgesetzgebung kann sich mehr auf die gesamme öffentliche Meinung stützen, als die vorliegende; gleichwohl ist mit der Annahme des Antrages keineswegs die Gewissheit gegeben, daß die Bundesregierungen ihm folge geben werden. Man wird vielmehr an dem bestehenden System festhalten, weil man weiß, daß wenn ein Stein aus demselben herausgehoben wird, nach und nach das ganze System zusammenstürzen kann, und weil man bei dem immer größeren Umfangstreit der demokratischen Ansichten im Volke eine Institution haben will, um dieselben möglicherweise mit Gewalt niederhalten zu können. Obgleich wir uns hierüber nicht täuschen dürfen, müssen wir doch für den Antrag stimmen; dann seine Ablehnung wäre geradezu ein Haustschlag in das Gesicht der öffentlichen Meinung.

Abg. Dr. Meyer: Wir beschäftigen uns hier mit einem der schwersten Schäden im Bunde; wir fürchten nicht, daß mit der von uns erwarteten Reform der Bund zusammenfallen wird, im Gegentheil, wir erwarten von ihr eine Stärkung des Bundes. Der Antrag selbst ist vom Bundeskommis- sar nicht bekämpft, er hat nur die Motive angeführt, warum er den betreffenden Entwurf noch nicht vorgelegt hat. Natürlich wäre es wohl gewesen, wenn der Entwurf nicht an das Schicksal des Strafgesetzes geknüpft, sondern gleichzeitig mit demselben eingebettet wäre. Das Detail geht der Antrag durchaus nicht, es kann ihm also auch nicht in dem Sinne des Hrn. Bundeskommis- sars der Vorwurf der Unzeitigkeit gemacht werden. Eine Direktive geben wir mit dem Antrage bloss für die Frage, daß die gemeinen Vergehen und Verbrechen vor die allgemeinen Gerichte zu bringen sind. Denn hiervom hängt das Wohl und Wehe der ganzen Reform ab. Wie bedenklich ist es nicht, daß wenn Militär- und Zivilgerichte bei einer Untersuchung zu thun haben, die ersten zuerst ihre Thätigkeit auszuüben haben. Abgegeben davon, daß dadurch die Sache oft auf ganz unverantwortliche Weise in die Länge gezogen wird, so ist der Zivilrichter durch die Entscheidung des Militärgerichts immer nach jeder Seite hin präjudiziert. Oft sind wichtige juristische Fragen bei einem Balle vorweg zu entscheiden; das Militärgericht entscheidet zuerst in seinem Sinne und verändert vielleicht die ganze Sachlage. Ein höherer Offizier der preußischen Armee wurde wegen eines Preßvergehen, dessen er sich im Mai 1866 schuldig gemacht hatte, vom Kriegsgericht zu einem Jahr Festung verurtheilt, weil dasselbe den inkriminierten Artikel für ein Vergehen gegen den § 88 des Straf- gesetzes erklärte. Dieselbe Sache kam vor dem Zivilrichter, denn auch der Redakteur des Blattes, das den Artikel gedruckt hatte, sollte entlastet werden. Das geschah aber nicht, denn der Zivilrichter sah in dem Artikel kein Verbrechen und sprach den Redakteur frei. Sie sehen, zu welchen Unzuträglichkeiten und Ungerechtigkeiten es führt, wenn man derartige Sachen aneinander reiht. Das muß natürlich ein Misstrauen gegen die Militärgerichte erzeugen. Ein solches wird auch überall in der öffentlichen Meinung lauten; es richtet sich aber allein gegen die Institution, keineswegs gegen Personen und ist begründet, weil die Institution seit mehr als 50 Jahren stagniert. — Eine aparte genossenschaftliche Ehre der Armee ist mir undenkbar. Stellen Sie sich vor, eine Brandstiftung wird durch eine Militär- und eine Zivilperson vorgenommen. Beide haben gegen die Moralität verstoßen; wie aber der eine sich außerdem noch eines beiderlei Verstoßes gegen seine genossenschaftliche Ehre damit schuldig gemacht haben sollte, vermag ich nicht einzusehen. — Der Reichstag wird eine lang ver-

säumte Pflicht nachholen, wenn er den Laskerschen Antrag annimmt und damit die Reform einer Materie fordert, die derselben dringend bedarf.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Lasker: Der Herr Bundeskommis- sar ist mit der geschickten Taktik, die wir auf anderem Gebiete von ihm gewöhnt sind, unserem Antrage ausgewichen, er hat sich auf das Materielle desselben gar nicht eingelassen. Mit der allgemeinen Bemerkung, daß ihm in den Ausführungen meines Mit- antragstellers v. Bernuth nicht Alles richtig erscheine, ist er dem auf den sorgfältigsten Informationen beruhenden Vortrage entgegengetreten, ohne auch nur das Geringste bezubringen, bezüglich dessen derselbe von der strikten Wahrheit abweichen würde. Es heißt das nichts anderes, als ein Autoritätsprinzip zu etablieren, dem wir zu folgen nicht Willens sind. Uebrigens glaube ich nicht zu irren, wenn ich vermuthe, daß der Herr Bundeskommis- sar, durch andere Geschäfte abgezogen, den Ausführungen selbst nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gefolgt ist. Er bezeichnete den Antrag als „unzeitig“, indem er darauf hinwies, daß zur Zeit eine Vorlage noch nicht gemacht werden könne. Wenn wir erst abwarten wollten, bis uns ein Entwurf vorgelegt ist, so dürfte es nach unsern bisherigen Erfahrungen zu spät sein, die von der Majorität des Hauses vertretenen Prinzipien darin zur Geltung zu bringen. Man hält uns dann entgegen, daß die Hauptprinzipien, auf denen die Vorlage beruhe, nicht mehr erschüttert werden könnten, daß nur auf den gebotenen Grundlagen die Durchführung der Reform möglich sei. Daß das uns vorgelegte neue Militärstrafgesetz wirklich eine Reform enthalten wird, bezweife ich freilich nicht, denn selbst der geschickteste Ge- leggeber könnte die Verhältnisse nicht schlechter gestalten, als sie gegenwärtig sind, es kommt uns nur darauf an, durch einen Beschluß des Hauses den Verfassern des Entwurfs bei Zeiten zu annonciren, unter welchen Bedingungen wir geneigt sein werden, auf diese Reform einzugehen. Es wäre überhaupt zweitmäßig, wenn die Regierungen nach dem Beispiel anderer Staaten sich vorher über die Prinzipien informieren, auf Grund deren die Volksvertretung einem Gesetz ihre Zustimmung geben will; nicht allein bezüglich der Abschaffung der Entwürfe, sondern auch in Betreff der Berathungen im Hause würde eine bedeutende Zeit gespart werden, denn wenn Übereinstimmung in den Grundzügen vorhanden ist, wird sich die Volksvertretung in Kleinigkeiten dem großen Reformen niemals schwierig finden lassen. Die Gesetzgebung würde viel fruchtbarer sein, wenn das erste Jahr jeder Legislaturperiode dazu benutzt würde, das Haus sich über die zu erwartenden Vorlagen auszusprechen zu lassen, wir würden dann nicht unsere Zeit, wie bei der Brathung der Kreisordnung und des Strafgesetzbuchs darauf verwenden müssen, die Gesetze von Grund auf umzugestalten, ohne dadurch doch des Zustandekommens derselben sicher zu sein. Ein solches Verfahren schädigt das Ansehen der Regierung wie der Volksvertretung. Unser heutiger Antrag hat nun keinen andern Zweck, als dem Verfasser des Militärstraf- gesetzes eine Direktive zu geben und schon jetzt zu erklären, welcher Beschlüsse sich die Regierung von u.s.zu verleihen hat. Der Abg. v. Hagemeyer hat sich bemüht, unserem Antrage die Form zu lassen, den Inhalt aber daraus zu entfernen, es kann sich Feder darunter denken, was er Lust hat. Sollten Sie keine Neigung haben, unserm Antrage zuzustimmen, so nehmen Sie lieber noch den Antrag des Abg. v. Luck an, der doch ehrlich sagt, daß er nichts sagen will und sich über die Erklärungen des Bundeskommis- sars freut, weil er sich mit Anstand hinter dieselben zurückziehen kann. Der Abg. v. Hagemeyer deutete an, daß mit einer Überweisung der wegen gemeiner Vergehen und Verbrechen angeklagten Soldaten an die Zivilgerichte die ganze Armee in ihrem Bestande bedroht werden würde. An dem Zustande und der Schlagfertigkeit des französischen Heeres, denke ich, wird er nichts auszusetzen haben, und doch war früher die Zuständigkeit der Zivilgerichte über gemeine Vergehen des Militärs ganz allgemein und besteht noch jetzt so weit, als überall da, wo eine Konngatt mit dem Civil vorliegt, die gewöhnlichen Gerichte eintreten. Zu welchen widersprechenden Verhältnissen wir in dem gegenwärtigen Zustand kommen zeigt beispielweise der Umstand, daß beim Rückfall des Bürglerichts auch die auf Urteilen des Militärgerichts beruhenden Vorbestrafungen zu berücksichtigen hat, während ankanntermaßen das Militärgericht Handlungen bestraft, die vor dem Bürglericht straflos geblieben sein würden. Die Untersuchungen zwischen den Civil- und Militärbehörden sind durchaus verschieden; es geht dies schon daraus hervor, daß in dem uns vorgelegten Strafgesetzwurf alle mit dem Militär nur entfernt zusammenhängende Vergehen, z. B. selbst das Stehlen von Kügeln, mit unverhältnismäßig härteren und grausameren Strafen bedroht waren, als die übrigen. Diese von der unfrigen ganz abweichende Anschauung, die im Lande nur von einer kleinen Minorität vertreten wird, würde auch in dem uns vorzulegenden Militärstrafentwurf ihren Ausdruck finden, wenn wir nicht schon jetzt unsere Ansichten über die Grundzüge derselben kurz aussprechen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag des Abg. v. Hage- meyer mit 112 gegen 80 Stimmen abgelehnt, der Antrag Lasker und Gen. dagegen mit 117 gegen 73 St. angenommen. (Schluß folgt.)

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 31. März.

— Die Ausschuß- und Direktionsmitglieder des neuen land- schaftlich kreditvereins haben, wie uns mitgetheilt wird, in ihrer Sitzung am 30. d. M. alle Anträge auf Emission 5 Prozentiger Pfandbriefe abgelehnt, sich dagegen für mancherlei Erleichterungen in der Beleihung von Grundstücken ausgesprochen.

Der neue landschaftliche Kreditverein hat nach dem Verwaltungsbericht, welche dem engeren Ausschüsse in der Sitzung am 29. d. M. vorgelegt wurde, pro 1869 eine Ausgabe von 19,828 Thlr. an Verwaltungskosten gehabt, und zwar 17,286 Thlr. an ordentlichen, 2542 Thlr. an außerordentlichen Ausgaben (14 064 Thlr. für Gehalter, 1510 Thlr. für Bureauakten, 1690 Thlr. für Reisefosten und Diäten, 1524 Thlr. für Agenturgebühren u. c.) Nach dem Etat pro 1869 sollten die ordentlichen Ausgaben sich auf 22,000 Thlr. belaufen, und sind demnach Ersparnisse in Höhe von 4714 Thlr. erzielt worden. — Von den durch die Hauptgesellschaft emittierten 20,856,910 Thlr. Pfandbriefen waren bis zum 1. Juli 1868 abgelöst 17,800 Thlr., bis zum 1. Januar 1869 anderweit 5000 Thlr., zusammen 22,800 Thlr., so daß im Jahre 1869 noch zu verzinsen blieben 20,824,110 Thlr. Die Gesellschaft Litt. B., deren gesammte Emission 199,400 Thlr. beträgt, hat sich mit dem 1. Juli 1869 aufgelöst. Das System der Jahresgelehrtenfestsäfte dagegen hat zu den in diesen Jahren 1867 und 68 emittirten 8,256,500 Thlr. Pfandbriefen weitere 3,549,800 Thlr. ausgegeben, im Jahre 1869 also 11,806,300 zu verzinsen gehabt. Das gesammte Säfensoll betrug demnach im Jahre 1869: 1,696,037 Thlr. und waren davon dem Verwaltungsfonds an ordentlichen Einnahmen zugeflossen 163,700 Thlr.; außerdem hatte diefer fonds 169,184 Thlr. außerordentliche Einnahmen, zusammen also 169,184 Thlr. Die Überschüsse befesteten sich demnach nach Abzug der Ausgaben von 19,828 Thlr. auf 149,356 Thlr. Die Amortisationsquote betrug zum 1. Januar 1870: 5,120 Prozent, und wird zum 1. Juli d. J. 5,025 Prozent betragen; im Ganzen sind jetzt 15,12 Prozent und zum 1. Juli d. J. 15,025 Prozent als geübt zu betrachten. Durch Kapitalablösungen hat sich die Summe der von der Hauptgesellschaft ausgegebenen Pfandbriefdarlehen bis zum 1. Januar d. J. um 62,800 Thlr. vermindert und sind bis zum 1. Juli d. J. Ablösungen im Gesamtbetrage von 84,100 Thlr. angemeldet. —

Nach einer kürzlich erlassenen Anordnung des Justizministers sollen die jungen Juristen, welche das erste Examen absolviert haben, zunächst auf einige Monate bei einem kleineren Gericht, Kreisgericht oder Gerichts-Deputation eintreten, um dort zuerst die praktischen Arbeiten kennen zu lernen und dadurch möglichst bald sich eine gewisse Selbstständigkeit anzueignen, wie sie bei großen Stadt- und Kreisgerichten allerdings so schnell nicht gewonnen wird.

Der Handels- und der Finanzminister haben durch Rundschreiben vom 11. d. M. sämtliche Bezirks-Regierungen und Landdrosteien darauf hingewiesen, daß nach einer Mitteilung des großherzogl. sachsen-weimarischen Staats-Ministeriums die früher bereits für werthlos erklärten dortigen Kassen-Anweisungen von 1 und 5 Thlr. (es sind dies die in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. August 1847 ausgegebenen, 1861 präkturirten, dann aber wieder zur Auswechslung zugelassenen) nunmehr noch bis zum 31. Mai d. J. bei der Haupt-Staatskasse in Weimar gegen deren Wertbetrug umgetauscht, dann aber entgültig werthlos werden.

Die Grundzüge der Gesundheitsfürsorge bei den Schul- bauten, zunächst in Städten, wie sie der vorjährigen Versammlung deut-

sicher Naturforscher und Aerzte vorgelegt worden, sind nunmehr auch der Schulbehörden auf geordneten Wege zugegangen. Danach soll der Schulplatz frei, lustig, hell, trocken, möglichst erhöht gelegen, fern von lästigen Geräuschen und schädlichen Ausdünstungen und mit gutem Trinkwasser versehen sein. Es muß hinreichende Größe für freies Spielgebäude und genügenden Turn- wie Spielraum haben. Die Hauptfassade ist womöglich nach Süden oder Südosten zu richten, Zeichensaal, Sammlungen, Treppen sind nach Norden zu legen. Für Trockenheit ist, wo nötig, durch eine Pultschicht in den Mauern zu sorgen. Aerzte und Lehrer werden demnächst aufgefordert, dazu beizutragen, daß das Material zur Entscheidung der einschlägigen Fragen im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege zusammengebracht werde, namentlich in Betreff der Größe der einzelnen Kinder nach ihrem Alter, der vorkommenden Krankheiten und Gebrechen, des Einflusses der verschiedenen Pultdimensionen auf gute Haltung und sonstige Gesundheit der Kinder, der zweckentsprechenden Größenverhältnisse der einzelnen Schulpultteile.

**Berkauf.** Das der Kommune Posen gehörige Grundstück Sophieplatz 7 wurde in dem am 30. d. M. vor dem Stadtrath Hrn. Dr. Samter auf dem Rathause anberaumten Termine, vorbehaltlich des Bauschlags seitens der städtischen Behörden, für 25,250 Thlr. mit 8000 Thlr. Anzahlung an Hrn. W. Aisch verkauft.

**Auf der Warthe** kamen Mittwoch seit dem Aufgehen des Eisens die ersten beladenen Kahnre von oberhalb, von Schrimm, an. Der Wasserstand beträgt gegenwärtig 6 Fuß 1 Zoll.

**Frische Seeische**, durch Vermittelung der Gesellschaft deutscher Eiswerke zu Berlin von Hrn. Kleinhoff aus Stettin bezogen, wurden auf dem Fischmarkt am Mittwoch zum ersten Male in großer Menge verkauft. Der Preis für das Pfund Dörche, Beigabe u. c. beträgt 2 bis 2½ Sgr.

**S. Bul.** 25. März. [Unglücksfall. Besitzänderung] Gestern fiel der 3½ Jahr alte Sohn des Drechslermeisters Mr. zu Großdorff bei Bul in einen in der Nähe der Wohnung seiner Eltern befindlichen Graben und ertrank. Das Unglück wurde alsbald demnach, das Kind aus dem Wasser gezogen, es konnte aber nicht mehr gerettet werden. — Das ehemalige Friedens-Gerichtsgebäude hier selbst, welches die evangelische Schul-Societät hier selbst nebst Grund und Boden von dem Justiz-Präsidenten kauflich erworben und zum Schulhaus eingerichtet hat, ist auf dem Territorium Großdorff belegen, mit Genehmigung des Ministers des Innern, von dem Bezirke der Gemeinde Großdorff abgetrennt und mit der Stadt Bul in kommunaler und polizeilicher Beziehung vereinigt worden.

**Wongrowitz**, 20. März. [Pferdediebstahl. Unglücksfälle. Versezung] In Betreff des unlangt in Schülern ermittelten Pferdediebstahls ist zu berichten, daß sich der Eigentümer der geholzten Pferde bereits bei dem hiesigen Gerichte gemeldet und dieselben nach erfolgter Rekonstitution zurückgehalten hat. — Am 22. d. M. ging bei dem hiesigen Gerichte die Anzeige ein, daß der Einlieger B. aus S. bei der herrschaftlichen Arbeit durch einen Vogt derartig auf einen Wagen gestoßen worden sei, daß derselbe in Folge der Verlehnungen verstaubt. Die auf Anordnung der königl. Staatsanwaltschaft erfolgte Sektion der Leiche hat indeß ergeben, daß B. nicht in Folge des Stoßes, sondern an einem veralteten Lungenerkrankung verstorben ist. — Am 21. d. M. kam nach Wapno (hiesigen Kreises) ein unbekannter, anscheinend dem Bevölkernde angehöriger stummer Mensch, der nach einzigem Aufenthalte in einem herrschaftlichen Stalle daselbst starb. Ueber die Persönlichkeit des Unbekannten hat nichts ermittelt werden können. — Mit dem 1. April c. geht der Kreisrichter Platz von hier in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Bromberg über. Sein Amtang wird allgemein bedauert. Der hiesige Männer-Gefangenverein, dessen Vorsteher Hr. P. seit Jahren gewesen ist, verlert in demselben eine wichtige Kraft und die seit Kurzem hier ins Leben gerufene freiwillige Feuerwehr, deren Oberfeuermann er war, steht ihm nur ungern scheiden. Als Beweis ihrer Dankbarkeit und Anhänglichkeit sind sowohl von beiden Vereinen, als auch von den Kollegen und Freunden des Scheidenden Abschieds-Soupers veranstaltet, welche am 26., 27. und 28. d. M. stattfinden sollen.

**Vereine und Vorträge.** ☺ Im naturwissenschaftlichen Verein hielt Herr Dr. P. am 23. d. M. einen Vortrag über Stimme und Sprache, in welcher zunächst hervorgehoben wurde, welche wesentlichen Fortschritte dies Kais. Physiologie im letzten Decennium durch die Erfindung des Rechenspiegels einerseits, durch die Untersuchung Helmholz's über die Klänge bei andererseits aufzuweisen habe. Alsdann demonstrierte der Redner an anatomischen Tafeln die Lage des Kehlkopfs und der Lungen, verglich hierauf das Stimmorgan mit einer Orgel und erläuterte an einem Kolossal-Modell den genaueren Bau des Kehlkopfs, welcher eben in einem einzigen Stimmfassen die verschiedenen Töne von zahlreichen Orgelpfeifen hervorzubringen vermöge. Nach

## Aus dem Gerichtssaal.

**Tours**, 25. März. [Prozeß Bonaparte] (Fort.) Präz.: Ihre Heftigkeit ist nicht am Platze. Weder die Staatsbehörde noch Sie als Advokat haben das Recht, derart über einen Mann zu sprechen, der auf der Anklagebank sitzt. — Advokat Laurier: Ich behaupte, daß ich Beweis führe. Uebrigens, meine Herren Geschworenen, fänd ich nötigenfalls den besten Beweis für das, was ich sage, in den Worten des Herrn Präsidenten: Unzähmbar Natur, gewaltfame und gesellschaftswidrige Leidenschaften. Nie habe ich einen Angeklagten mit so viel Nüchternheit behandeln sehen, wie diesen Peter Bonaparte. Ich freue mich darüber. Ich hoffe, es wird ein Vorspiel für die Zukunft sein. Es steht sehr nahe dem Throne, ist Prinz von Gebüt, und trotzdem ist er nichts, nichts! Unbegähmbare Natur! So wahr Viktor Noir die Güte und Sanftmuth selber war, ist er Gewaltthätigkeit und Wildheit. Wohlan! Was soll man annehmen, wenn man diese beiden Männer ~~einander~~ gegenüberstehend denkt? Wer wird beleidigen, wer wird zuschlagen? Vergessen Sie nicht, daß derselbe Mann, welcher Noirs Hand seiner unwürdig fand, mit der seligen niederschrieb: „seine Gedärme auf den Anger zu werfen“. Und wir schreibt er an Rochefort? Ich kenne Rochefort; ich habe bei der Deputiertenwahl ihm als Gegenkandidat gegenübergestanden; wohlan! ich erkläre, daß er der mutwilligste Mensch ist, den ich kenne. Und der Prinz schreibt ihm: „Kommen Sie zu mir, kommen Sie doch zu mir!“ Ich sehe unter den Zubörcern Offiziere in Uniform. Ich frage Sie, ob jemals eine Herausforderung in dieser Weise gemacht worden ist. Adv. Laurier erinnert dann an die Vorfälle von Auteuil, welche er nach Ulrich de Bonvielles Aussage annimmt. Ich lasse, fährt er hier fort, alles, was uns zu Gunsten ist, bei Seite. Ich nehme nur die Waffen in die Hand, welche uns der Angeklagte darreicht. „Mit Rochefort“, sagt derselbe, „schlage ich mich, aber nicht mit seinen Handlangern.“ Seine Handlanger! Was will dieses Wort besagen? Hat der Prinz nie einen Cartellträger empfangen? Das will doch nur sagen: „Sie sind Dienstleute für Rocheforts Haß. Ich schlage mich nicht mit Dienstleuten, sondern nur mit dem Herrn.“ Wo liegt die Provokation, wenn nicht gerade in diesen Worten? Mußten ihm die Sekundanten nicht geheiligte Parlamentäre sein? Was ereignet sich in diesem Augenblicke? Ein Verbrechen. Wollen Sie es nicht ein Verbrechen nennen? Gut, ein Mann wurde erschossen, erschossen von Peter Bonaparte! Wer hat gelödet? Der Angeklagte. Wer hat provoziert? Der Angeklagte. Wer hat die Sekundanten beleidigt? Der Angeklagte. Man hat behauptet, er sei geohrfeigt worden, und auf eine Ohrfeige, die selbst die Folge einer Beleidigung gewesen wäre, hat man mit einem Pistolenabfeu geantwortet. Sie haben vor Ihnen einen Zeugen gesehen, der ein lebhafter, heftiger Mann ist, der so wenig Herr seiner selbst ist, daß er den Anblick des Angeklagten nicht ertragen kann. Ist derselbe aber ein falscher Zeuge? Ist das ein Dieb? Man hat den grausamen, aber unnützen Muth gehabt, Letzteres durch einen dreijährigen Buchhausgefange- nahm darin zu wollen. Wir haben zwei Gefangenen herum, von denen einer ein persönlicher Gegner de Bonvielle's ist. Eben dieser hat Ihnen gezeigt, wie und was die Bonvielle ist. Dasselbe hat Ihnen der Zeuge Blouet, der General Guizeret und der strenge Republikaner erklärt, welcher seinem Herrn und Meister ein Königreich schenkt und als Cifaz Undank und Verbannung erhielt — Garibaldi. Aber ich lasse Ihnen die Bonvielle bei Seite. Das Gelärm der Beugen.... Präz.: Sie sind eben so wenig berechtigt, der Witz von den Beugen zu sprechen, wie Sie das Recht nicht haben, den Angeklagten zu beleidigen. Adv. Laurier: So sage ich Ihnen, die Beugen haben Sie gar nicht alle gelehrt. Man hat Ihnen nicht die schlimmsten vorgeführt. Sie Alle kennen das Phänomen des Disziplins. Sie wissen, daß diese Tische sich instinktmäßig bewegen. Im gerichtlichen Verfahren rückt die Wahrheit. Wenn man diesen Beugen zu Leibe geht, findet man absolut nichts. Weibergerede, oder Worte von Männern, die in diesem Punkte weiter sind. (Große Gelächter). Adv. Laurier erinnert nun daran, was man dem Beugen Apotheker Montray als von ihm ausgesagt, unterschoben hat, von diesem förmlich in Abrede gestellt worden ist. Dann kommt er auf den Leibarzt des Prinzen, den Dr. Morel, zu sprechen. Sie haben ihn hier in der Sitzung gesehen. Welch dankt, man könnte ihn zu der Klasse der Dienstleute-Beugen rechnen. Freund und Arzt des Prinzen, fabriziert er in seinen Plauschunden „Heimwasser“ für Madame Sarah Helig, um deren

Haar zu färben. Er hat von einer starken Ohrfeige gesprochen. Eine Ohrfeige erregt freilich eine Anschwellung. Aber hier in vorliegendem Falle ist die Ohrfeige zweifelhaft, zuweilen nicht. Als Dr. Morel den Prinzen verläßt, hat derselbe eine enorme Spur einer Ohrfeige. Als Dr. Pinel kommt, ist dieselbe fast gar nicht vorhanden und Dr. Morel bemerkt seinem Kollegen, die Spuren hätten sich vermindert. Darüber kommt Cassagnac, und in diesem Augenblick ist die Spur wieder enorm geworden, nimmt zu, nimmt ab, verschwindet und kommt wieder zum Vorschein. Heute ist aus der Ohrfeige ein Haustschlag geworden. Eine sonderbare Ohrfeige. Daß eine Ohrfeige gefallen ist, gebe ich zu, aber wann? und von wem? Diese Ohrfeige ist ein großes Alibi. Es handelt sich um eine Fantasie-Ohrfeige, eine erfundene Ohrfeige. Ich werde Ihnen dieses noch deutlicher demonstrieren. — Laurier untersucht die Zeugenaussagen, welche Bonvielle die Worte: „Noir hat den Prinzen geohrfeigt“, in den Mund legen. Er beweist, daß die Augen sich selbst widersetzen. Dann auf den Anfall gegen Bonvielle übergehend, sagt er: Ja welchem Augenblick sprach der Angeklagte? Er sagt es selbst: Als ihn Noir ohrfeigte und Bonvielle auf ihn zielte. Dies ist nicht wahr, nicht möglich. Es sind summe Beugen vorhanden, Beugen, die nie lügen. Sie haben die Kleider von Bonvielle gesehen. Der Schuß ist oben eingedrungen und unten herausgekommen. Laurier fährt fort: Ich kann mir dieses nur dadurch erklären, daß der Prinz in dem Augenblick feuerte, wo er sich gebückt hatte, nach seiner Pistole suchte und sein Paletot sich in die Höhe geschoben hatte, d. h. als er sich zu bewaffnen suchte, aber noch nicht bewaffnet war. Der Prinz hat also auf diese unglücklichen jungen Leute ge feuert, als sie vollständig unbewaffnet waren. Und dann baute Viktor Noir Handschuhe an. Sie erinnern sich der Familienszene, welche seine Schwägerin erzählte. Er hatte enge Handschuhe an, die Sie sind überzeugt, Sie sind überzeugt, er hätte sie geplagt. Es ist der Paletot Bonvielle, welcher Zeugnis ablegt, es sind die Handschuhe Noirs; aber es steht auch noch ein anderes Zeugnis. Zu Tode getroffen, das Blei im Herzen, sucht er seinen Weg, er findet ihn. Es gelingt ihm, aus dem Mörderhause zu entkommen; er stürzt an dem Thore nieder. Grouset, Santon, Fauché stehen ihm. Er kam, der Arme, seinen Hut in der rechten Hand. Dieses liegt Sie an, dieses verurtheilt Sie! In dieser rechten Hand, die Sie gebrühte haben soll, hielt er seinen Hut. (Der Angeklagte spricht einige Worte, die man nicht versteht). Die drei summen Beugen, der Paletot, die Handschuhe, der Hut klagen Sie mehr an, als alle andere. Sie rufen Peter Bonaparte zu: Du bist es, der Viktor Noir ermordet hat! — Angell. (mit eifriger Stimme): Sie lügen! Laurier bringt nun mit seinen Argumenten die Aussagen Bonvielle in Einklang, und schließt dann: Ich hatte versprochen klar und deutlich zu sein; ich bin es gewesen; mit Hochachtung unterbreite ich Ihnen meine Beweisführung. Ich weiß nicht, wie Ihr Auspruch sein soll. Was ich aber weiß, ist, daß das Urtheil über diesen Prinzen schon gesprochen wurde, das Urtheil des Volkes über das Kind des Volkes. Am Tage seines Begräbnisses begleitete ihn eine „Fraktion“, die sich 200,000 „Citoyens“ nennt. Mit tiefer Andacht haben ihn die 200,000 Geschworenen, die sich 200,000 Gewissens entgegengenommen. Selbst Volk, wurde er vom Volk beurtheilt. Er fand dort, das arme thure Kind, getreue Herzen. Jdm, welcher nicht nach Ruhe strebte, wohl aber nach Ruh, ist durch den Wahrspruch der Demokratie die Unsterblichkeit eines Märtyrs geworden. Neben diesem Wahrspruch wurde ein anderer abgegeben, der der Unsterblichkeit der Familie. Bei diesen Worten deutete Laurier auf Peter Bonaparte hin. Dervielke erhebt sich mit einer durchbaren Wut und schreit dem Advokaten zu: „Demokratischer Embryo!“ Präz. (rot vor Zorn — zu Laurier): Sie insultieren den Angeklagten. Nochmals, ich kann dieses nicht dulden. So lange die Geschworenen Ihren Auspruch nicht gethan, haben Sie nicht das Recht, ihn zu behandeln, wie Sie es Ihnen werten Sie, bis er verurtheilt ist. — Laurier: Ich urtheile über ihn. Er ist ein Mörder. Präz.: Beweisen Sie es. — Laurier: Aber ich beweise es, ich habe es bewiesen. Präz.: Warten Sie den Auspruch des Geschworenen ab. — Bravos erlösen von der Stelle, von welcher aus gestern Bonvielle den Angeklagten apostrophirte. — Grouset, sich nach dieser Stellewendend: „Schweigt! Ihr Gorcen!“ Die Sitzung wird inmitten der höchsten Aufregung geschlossen.

Fres., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 215,976 Fres.

**Newport**, 29. März. (Tel.) Die Bruttoreinnahmen der Kansas-Pacific-Eisenbahn betragen im Monat Februar 185,568, die Nettoeinnahmen 69,013 Dollars.

## 1870. Bermisches.

\* **Mainz**, 28. März. Nachdem in der letzten Zeit bereits zwei Duelle zwischen Offizieren dieser Garnison mit tödlichem Ausgang stattgefunden, ist heute Morgen wieder ein auch in Bürgerkreisen geachteter und beliebter Offizier, Premier-Offizier **v. Rock**, als Opfer eines Pistolenduells mit dem Offizier **v. Biberau** gefallen. Beide gehörten dem 1. Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 81 an.

\* **Der Krakauer Bankier Kirchmayer** ist wie der „Kur-Krat.“ mithilf, zu Rom ins Kloster gegangen. Das wäre ein charakteristischer Abschluß dieses würdigen Lebens; ähnlich demjenigen der italienischen Briganten, die vor und nach jeder ihrer Spitzbübereien ein Ave Maria zu beten pflegten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. **Wagner** in Posen.

## Terminkalender für Konkurse und Subhastationen in der Zeit vom 1. bis einschließlich 7. April 1870.

## A. Konkurse.

1. Größter: 1) Bei dem Kreisgericht in Bromberg am 23. März, 12 Uhr, der Konk. des Kaufm. Heinrich Becker in Bromberg; Tag der Zahlungseinstellung: 23. März; einstw. Verwalter: Kaufm. Albert Becker. Am 1. April Termin über Beibehaltung oder Bestellung eines andern einstw. Verwalters.

2) Bei dem Kreisger. in Pleschen der Konkurs des Kaufm. Viktor Beyer das; Tag der Zahlungseinstellung: 15. März; einstw. Verwalter: Kfm. Th. Myslakowicz. Am 1. April Termin zur Bestellung eines definitiven Verwalters.

## II. Beend: Keiner.

III. Termine und Fristabläufe. Am 2. April. Bei dem Kr. Gericht in Posen, Worm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kaufm. Joseph Wagner das, Prüfungstermin.

## B. Subhastationen.

Der Termin steht an:		Des zu subhastirenden Grundstücks		
am	bei dem Gericht	Besitzer	Lage und Nr.	Preis
2. Schönlante	v. Swinarski	Güter Briesen u. Sarben	— 5023 363	
Krotoschin	Brzyzoda	Izbicno-Hauland 10	— 50 25	
Gilehne	Schröder	Gr. Lubs 28 u. 59 u.	— 17 15	(Schluß folgt)
		Gilehner Biesen 208	—	

## Für die, die da Wasser kündigen wollen.

Sowohl der Direktion der Wasserleitung wie dem Konsumenten steht eine dreimonatliche Kündigung, jedoch nur zu Terminen den 1. April u. zu. Die Kündigung muß schriftlich im Büro der städtischen Wasserwerke eingezogen werden, und wird über den Empfang derselben eine Quittung ertheilt.

## Ein gekündigter Wasserkonsument.

Im Interesse solcher Personen, die sich gern bei anerkannt soliden Geldverleihsnehmern beteiligen, verweise wir auf die in unserem heutigen Blatte befindliche Bekanntmachung des Handlungshauses J. Weinberg j. c. in Hamburg. Die so beliebten Staatsloose mit der Devise: „Das Glück blüht im Weinberge“ finden allseits rachen Abzug, und kann dieses Haus auch wegen seiner stets reellen und prompten Bedienung bestens empfohlen werden.

## Paris - und Wissmuths-Haus.

Paris, 30. März. (Tel.) Die Einnahme der gesammten Lombardischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 19. bis zum 2. März 215,106

## Bekanntmachung.

Posen, den 6. Dezember 1869.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 19. Juni 1857 am 30. September 1869 vorchristlich erfolgten Auslösung der im Jahre 1870 planmäßig zu amaritifizierenden spätgotischen Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern bezogen worden:

## Littr. A. über 500 Thlr.

12. 56. 60. 90. 179. 239. 248. 286. 309. 335. 345. 408. 410. 458. 475. 525. 581. 645. 698. 713. 745. 764. 765. 772. 809. 820. 1004.

Sieben und zwanzig Stück zusammen

13,500 Thlr.

## Littr. B. über 200 Thlr.

5. 10. 13. 25. 50. 72. 84. 103. 138. 144. 170. 178. 256. 400. 431. 495. 551. 565. 743. 753. 799. 812. 875. 892. 989. 1027. 1054. 1094. 1104. 1107. 1175. 1235. 1287. 1241.

Vier und Dreißig Stück zusammen

6,800 Thlr.

## Littr. C. über 90 Thlr.

1. 90. 114. 230. 245. 271. 277. 318. 344. 380. 435. 475. 523. 569. 575. 593. 594. 635. 16. 728. 771. 793. 812. 823. 866. 925. 100. 1075. 1111. 1227. 1343. 1352. 1362. 1419. 1454. 1469. 1478. 1492. 1548. 1670. 724. 1864. 1873. 1876. 1883. 1907. 1937. 983. 2023. 2052. 2063. 2156. 2186. 2210. 1312. 2331. 2601. 2615. 2040. 2660. 271. 1831. 2860. 2863. 2894. 2933. 2952. 2975. 1981. 3039. 3045. 3121. 3165. 3299. 3317. 3360. 3373. 3416.

Neun und Siebenzig Stück zusammen

7900 Thlr.

Die mit vorstehenden Nummern bezeichneten Provinzial-Obligationen werden hiermit gekündigt, und die Inhaber derselben werden aufgefordert, den Kennwert gegen Rückgabe der Obligationen in courtoisfähigem Aufdruck et der Provinzial-Instituten-Kasse hier selbst, bei dem schlesischen Bankverein zu Breslau, oder bei dem Bankhaus Hirschfeld & Wolff in Berlin vom 1. Juli 1870 ab, bei Legaten jedoch nur bis zum 31. Dezember 1870 in Empfang zu nehmen.

Bon den bereits früher verloosten Provinzial-Obligationen sind die Nummern:

## Littr. A. Nr. 555.

Littr. B. Nr. 213. 338. 963

Littr. C. Nr. 616. 921. 979. 1223. 1328. 2506. 2931.

deren Verjüngung mit dem 1. Juli 1869 aufgehört hat, bis jetzt nicht eingeliefert.

Der Ober-Präsident der Provinz

Posen.

Königsmarck.

Bekanntmachung.

Die hierorts veranstalteten Sammlungen

für Gründung eines Hospitals, einer Schule

und einer Apotheke in Safed in Palästina

haben einschließlich eines Gnaden geschenks Sr. Majestät des Königs den Betrag von

441 Thlr. — Sgr. — Pi.

Davon sind 405. — . — . — .

an den Königl. Polizeipräsidienten von

Burmb in Berlin

Behufs weiterer Förderung nach Beitr.

abgesandt worden.

Den Rest von 36. — . — . — .

hat der Rabbiner Abraham Baer Cohn aus

Safed theils für Kos, Logis und Reisegeld,

theils als Entschädigung für den bei den

Sammlungen verwendeten Boten, berechnet

rezip. belegt.

<div data-bbox="235 624 4

# Hagel- und Vieh-Versicherungsbank für Deutschland in Berlin,

gegründet anno 1861.

Die Bank versichert in zwei für sich besonders bestehenden und abrechnenden Gesellschaften

- a) Bodenerzeugnisse gegen Hagelschaden,
- b) Pferde, Rindvieh und Schweine gegen durch Krankheiten oder Seuchen entstehende Verluste.

Die Prämien sind mäßig und den einschlägigen Verhältnissen überall Rechnung tragend.

Von den Überschüssen jeden Jahres erhalten die versicherten Mitglieder statutengemäß 70 % als Dividende zurück.

Versicherungen auf mehrere Jahre stellen sich erheblich billiger als einjährige und liegen deshalb im Interesse der Mitglieder.

Die Bank **zwingt** bei Hagelversicherung ihre Mitglieder **nicht**, das Stroh mit versichern zu müssen, sondern gestattet auch die Versicherungsnahme **ohne Stroh**.

Die Regulirung der Schäden in der Hagelbranche geschieht unter Hinzuziehung von aus der Zahl der Versicherten gewählten Deputirten und Taxatoren.

Die unterzeichnete General-Agentur bittet ergebenst, das der Bank in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen derselben auch in diesem Jahre erhalten zu wollen, und empfiehlt sich und alle Agenten der Bank zu Versicherungsabschlüssen.

In Orten, in welchen die Bank noch nicht oder nicht genügend vertreten ist, werden unter günstigen Bedingungen Agenten angestellt und desfallsige Offerten des Baldigsten erbettet.

Posen, den 31. März 1870.

## Die General-Agentur S. A. Krueger.

### Volkswirtschaftliche Gesellschaft

Montag den 4. April, Abends 7 Uhr,  
in Sterns Hotel.

#### Tagesordnung:

- 1) Beschluss über Auflösung oder Fortbestand der Gesellschaft.
- 2) Event. Wahl eines neuen Vorstandes.

Posen, den 26. März 1870.

#### Der bisherige Vorstand.

### Geschäfts-Eröffnung.

Unterzeichnete beehren sich ergebenst anzugeben, daß sie mit dem heutigen Tage Wronkerstraße 15 eine

### Brauerei

in Betrieb gesetzt haben. Der Verkauf von Jungbier findet vorläufig Dienstag, Donnerstag und Sonnabend statt.

### L. Friese. A. Thiele.

### Agenten für Transport-Versicherung.

Wir stellen thätige, qualifizierte General- und Special-Agenten für unsere See-, Fluss- und Landtransport-Versicherung unter günstigen Bedingungen an.

Franco-Offerten mit Angabe von Referenzen beliebe man direkt an uns gelangen zu lassen.

Frankfurt a. M., im März 1870.

### Frankfurter Transport- und Glas-Versicherungs-Alten-Gesellschaft.

Privatinstitut zu gründl. Vorber. für d. mittl. u. oberen Klassen der Gymnasten und Realschulen. Maximalkzahl in jed. Abtheilung 7.

Dr. Deter,  
Berlin, Große-Berkenstr. 9.

Gründliche Vorbereitung zum Freiwilligen- u. Fähnrichs-Examen. Von Michaelis ab in meiner Anstalt zu Lichtenfelde, 1 1/4 Ml. von Berlin, Bahnhofstation.

Dr. Deter,  
Berlin, Große-Berkenstr. 9.

### Waldsamen und Waldfäden,

sowie Bäume und Sträucher zu Parkanlagen verkauft billigst von bekannter Güte und sehr gutem Preis. Verzeichnisse gratis.

H. Gaertner

Schönhof b. Sagan in Nied.-Schlesien.

### Bur Saat

empfehlen ich weißen, rothen Hopfen, Incarnat, schwedischen, Bocharischen und Wund-Klee-Samen, franz. und Sand-Luzerne, Esparrone, Seradella, Thymothee, franz., engl. und ital. Rheygras, Knaut, Honig- und Geruch-Gras, Schaf-, Biesen-, rothen und harten Schwinger, sämtliche andere Arten von Gräsern und Grasmischungen, kleinen und großen Spargel, verschiedene Möhren und Rüben-Samen, amerikanischen Pferdezahn-Mais, gelbe und blaue Saat-Lupinen, Rigaer Kronen-Lein-Saat, Wald-Sämereien und künstliche Düngekörner.

Spezielle Preis-Verzeichnisse werden franko verlandt.

### L. Kunkel.

### Riesen-Runkelrüben-Saamen,

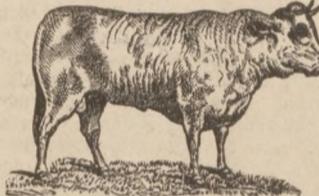
gelbe Wohlsche Sorte, verkauft den Cr. mit 15 Thlr., das Pfund mit 4 Sgr. 6 Pf.

A. Zimmermann  
in Powencin bei Schweden.

### Echte Saazer Hopfenseklinge (Teckler)

zu den billigsten Preisen, empfohlen und zu beziehen durch die

Hopfen-Handlung  
Oestreicher & Schwager  
in Saaz (Böhmen).



Achtzehn kernfette Ochsen stehen auf dem Dom. Owieczki p. Gnesen zum Verkauf.

Montag den 4. April bringt ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmellender Neibrücher Kühe nebst Kälbern in Neiders Hotel zum Engl. Hof zum Verkauf.  
J. Klakow, Viehhändler.



Unterzeichnete erlauben sich hierdurch den gebrachten Herrschäften zur Lieferung von holländischem und ostfriesischem Vieh, hochtragenden Kühen und Fersen, sowie Zuchtkühen von 1 Jahre ab, bestens zu empfehlen. Strengste Qualität ver sichernd, bitten wir bei Bedarf um genelgte Aufträge. Hochachtungsvoll  
L. Cohen & Campen, Viehlieferanten in Emden (Ostfriesland.)

Erstes, größtes und billigstes Wiener und Prager Stieffelager in allen Sorten bei A. Apolant, Wasserstrasse 30. Auswärtige Bestellungen und Reparaturen werden gut und prompt besorgt.

Mein Lach- u. Buttsklinalager ein gross und ein detail empfiehlt unter Sicherung billigster Preise.  
Isidor Bradt.

### Gardinen

in allen Stoffen in größter Auswahl zu den billigsten Preisen bei

Max Heymann,  
vorm. Z. Zadek & Co.,  
5 Neuestrasse 5.

Den nur noch kurze Zeit stattfindenden Ausverkauf

meiner Gold- und Silberwaren erlaubt sich den hiesigen wie auswärtigen ge ehrten Herrschäften zur gütigen Beachtung bestens zu empfehlen.

Carl Hoefer's Wwe., Breslauerstrasse 38.

Ein mittelmäßiges gebrauchtes eis. Geldspind wird zu kaufen gesucht Klosterstr. 10 im Keller.

Zur Frühjahrsbestellung empfehlen wir Sach's Blüge & Kultivatoren sowie Drümmaschinen aus den bewährtesten Fabriken, von welchen wir die für die jetzmaligen Bodenverhältnisse passenden unter Garantie zu Fabrikpreisen liefern.

Für Hornsby's weltberühmte Mähemaschinen bitten wir um rechtzeitige Ordres, da nur dann die Fabrik prompt den bedeutenden Aufträgen zur Ernte genügen kann.

Diese Mähemaschinen haben auf fast allen Wettversuchen im Jahre 1869 die erste Prämie errungen.

Über 50 Siege u. a. 12 gegen Samuelson, 12 gegen Wood, 4 gegen Searsley u. s. w.

Die Flügelbewegung der automatischen Mähemaschine regulirt ein unverwüstliches, einfaches, finnisches Getriebe, dem Regulator einer Dampfmaschine ähnlich — wodurch der leichterbrechliche Kettenring anderer Systeme ganz vermieden ist — eine Erfindung, die außer anderen Vorzügen und Verbesserungen a priori jeden Sachverständigen für sich gewinnt. Schnittfläche breiter wie bei jeder anderen Konstruktion. Maschinen stehen zur Ansicht in unserer Permanenten Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen, dicht am Personenbahnhof.

Rahn & Dietrich, Stettin. Comtoir: Mühlberg Nr. 3.

## Die Norddeutschen Eiswerke in Berlin

werden nach Posen täglich frische Seefische senden und die Preise billigst stellen. Mit dem Verkauf derselben für Posen und der Umgegend ist der

### Herr L. Kletschoff hier,

Krämerstraße 1,

beauftragt, und wird der erste Transport am 30. März d. J. früh hier eintreffen und der Betrieb auf dem Fischmarkte stattfinden. Sämtliche Bestellungen auf frische Seefische u. c. werden im Geschäftszofale des Herrn Kletschoff zu unsern billigen Engros-Preisen laut Preis-Courant angenommen und sofort effektuiert.

### Seefisch-Export-Geschäft der Norddeutschen Eiswerke in Berlin.

Spiritus-Fässer, Bahnshmerzen für immer zu vertreiben, selbst wenn die Bähne hohl und angestockt sind, sie doch stehen bleiben können, ohne verklift oder plombiert zu werden, durch mein weltberühmtes Bahnmundwasser.

E. Hückstaedt in Berlin,

Prinzenstraße Nr. 37.

Zu haben à Flasche 5 Sgr. bei Frau Am. Wuttke in Posen, Wasserstr. 8—9.

### Apfelsinen Messinaer

in großer Auswahl, das Dutzend von 12 Sgr. an, Originalkisten billigst, empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Beste türkische Pfäumen, sowie geschälte Äpfel und Birnen zu billigen Preisen empfiehlt

### Eduard Stiller,

Sapiehplatz 6.

### Große Delikatesse!

Hummel in hermetisch verschlossenen Dosen von 1 1/2 Psd. in ganzen Scheeren u. Keulen von ausgesuchter Qualität verfiehlt ich aufs Prompteste, à Dose 20 Sgr. Wieder-verkäufern bei Abnahme von mindestens 6 Dosen 15 % Rabatt. — S. Elb, Reichestr. 33 in Altona bei Hamburg.

Beste Prima Prima Maye, wie alljährlich S. Bamberg hat se. Auch Secunda-Waare recht sehr preiswert, für Alle die Bedarf, in der Zeit begeht.

S. Bamberg,

Liebfrauenstr. Nr. 6.

Bestellungen: Sapiehplatz Nr. 7 und Breslauerstr. Nr. 21.

Heute frische Pechte, Zander, Barsch, leb. Schleie u. s. w. billigst bei L. Kletschoff.

Durch einen Gelegenheitskauf habe ich eine bedeutende Partie wirklich feiner Cigarren

billig erworben. Um schnell zu räumen, verkaufe

Superfeine Blitar Havanna à Mille 24 und 30 Thlr.

Feine Havanna-Cigarren à Mille 15, 18 und 20 Thlr.

Havanna-Ausschub Dr. Rist, 500 Stück à Mille 12 Thlr.

A. Gonschior

in Breslau.

Preußische Loose 1/1 — 1/3 versendet Berlin, Gertraudienstr. 4. NB. Vom 1. April c. Molkenmarkt 14.

Pr. Lott.-Loose, 1/1, 1/2, 1/4, 1/8, 1/16 am billigsten bei Borchard, Berlin, Kronenstrasse 55.

Sapiehplatz 1 Parterre ist zum

1. April eine große Stube, besonders zum Comptoir sich eignend, zu vermieten.

### Original-Staats-Loose

sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.

Man biete dem Glücke die Hand!

**250,000**

als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verloosung, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.

Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäss kommen in wenigen Monaten **28,900 Gewinne** zur sicheren Entscheidung, darunter befinden sich die Haupttreffer von **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000**, 2 mal **20,000**, 3 mal **15,000**, 4 mal **12,000**, 4 mal **10,000**, 5 mal **8,000**, 7 mal **6,000**, 21 mal **5,000**, 35 mal **3,000**, 126 mal **2,000**, 205 mal **1,000**, 255 mal **500**, 350 mal **200**, 13,200 mal **110** etc.

Die nächste Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-Verloosung ist amtlich festgestellt und findet

**schnell am 20. April 1870 statt**

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Staats-Loos nur Thlr. 2 — Sgr.  
1 halbes " " " " 1 —  
1 viertel " " " " 15 "

gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhält Jedermann von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgefordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt und kann durch directe Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut offiziellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt.

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der **solidesten Basis** gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Beteiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nahen Ziehung** halber alle Aufträge **boldigst direct** zu richten an

**S. Steindecker & Comp.**

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.  
Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Actien und Anlehnslose.

M. Ant. Niendorf's

### Zeitung für Landwirth und Grundbesitzer.

Allen Landwirthen empfohlen! Sie vertreibt die Gleichberechtigung aller gewerblichen Interessen auf dem gerechten Boden des Freihandels und moderner Volkswirtschaft. Sie kämpft gegen die vielfältigen Benachtheiligungen, die der Landbau erlitten, sucht die Wunden aufzudecken, an denen er krankt, und erstrebt die Abhilfe und Heilung in der Revision der Steuern und Bölle. Sie hat deshalb das „Breslauer Programm“ zu eignen gemacht — Handels- und Getreide-Nachrichten, das Neueste aus den Erfahrungen und Fortschritten der Landwirtschaft, so wie Angelegenheiten aus den Provinzen bringt sie regelmässig zur Besprechung.

Bestellungen für das neue Quartal bitten wir, möglichst frühzeitig an die unterzeichnete Expedition oder der Post (Zeitungs-Preis-Courant I. Nachtrag unter B. No. 682a) oder einer Buchhandlung übergeben zu wollen.

Die Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährl. Abonnementspreis 1 Thlr. (Unter Kreuzband 1 Thlr. 2½ Sgr.)

Die Expedition von Niendorf's Zeitung,  
Berlin, Leipziger Platz 10.

**Israelitische Wochenschrift** für die religiösen und sozialen Interessen des Judentums. Herausg. vom Rabb. Dr. Treuenfels in Stettin. Verlag der Schletter'schen Buchhandlung (G. Stutfs.) in Breslau. Jeden Mittwoch eine Nummer von 1 bis 1½ Bogen im Format der Gartenlaube. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Nr. 383 a des 2. Nachtrags zum Preuß. Zeitungs-Preis-Courant für 1870).

Bierteljährlicher Abonnements-Preis 20 Sgr. die 3spaltige Petit Seite 1½ Sgr., haben bei der großen Auf- lage und weiten Verbreitung des Blattes sehr günstigen Erfolg und werden entgegengenommen von

**Rudolf Mosse,**

offizieller Agent sämmtlicher Zeitungen. Berlin, München, Hamburg, Wien.

Carl Henmann's Verlag (Julius Imme) Berlin

Als Confirmationsgabe

der edelsten und finnigsten Art erschien so eben:

**Der Führer auf dem Lebenswege**

von Dr. Fr. Neiche.

Neunte (Miniaturs-) Auflage. Preis: Ein Thaler. In höchst elegantem Einband mit Goldschnitt. Miniatur-format.

Achte (Pracht-) Auflage. Preis: Zwei Thaler.

In Prachtband mit Goldschnitt und zwei in Farben- und Golddruck ausgeführten Titel- und Bildungsblättern.

Beide Ausgaben mit übereinstimmendem Text sind durch die in ihnen enthaltenen wahrhaft klassischen Lehren der Moral jedem Alter, jedem Geschlechte in jedem religiösen Bekenntnisse das, was ihr Titel besagt:

einen wirklicher, tresslicher Führer auf dem Lebenswege.

Borrähig bei

**Louis Türk,** Wilhelmplatz 4.

St. Martin 25/26 ist ein Weinsteuer zu vermieten und eine fast neue lactire Bade-wanne zu verkaufen.

Post und Wohnung für einen Herrn Langstraße Nr. 7, 3 Treppen.

Eine oder zwei möblierte Stuben zu vermieten St. Martinstr. 78, 1 St.

### Börse-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börse-Telegramm nicht eingetroffen.

7  
Königl. Preuß. 14te  
Staats-Lotterie  
Ziehung 4. Kl. vom 14. April  
bis 2. Mai d. J.

### Original-Loose

| 1/1   | 1/2 | 1/4 |
|---|-----|-----|
| Thlr. 70. 33 Thlr. 16 Thlr.<br>ferner auf gebraute Anteilsscheine   |     |     |
| 1/8 1/16 1/32 1/64  |     |     |
| Thlr. 8. 4 Thlr. 2 Thlr. 1 Thlr.<br>verkauft und versendet gegen Einsendung<br>des Beitrages oder Postnachnahme |     |     |
| J. Juliusburger, Breslau,<br>Lotterie-Comptoir, Rossmarkt 9.  |     |     |

Das Glück blüht im Weinberge!

**25,000**

bilden den Hauptgewinn der  
großen v. d. hohen Staatsregie-  
rung genehmigten und garan-  
tierten

### Geld-Verloosung.

29,900 Gewinne kommen in wenigen Monaten zur sicheren Entscheidung, darunter befinden sich die Haupttreffer a 250,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 8,000, 6,000, 21 mal 5,000, 36 mal 3,000, 126 mal 2,000, 206 mal 1,000 etc.

Die nächste Gewinnziehung wird schon 20. April a. c. amtlich vollzogen und kostet hierzu  
1 ganzes Orig. Staatsloos nur Thlr. 2  
1 halbes " " " " 1 —  
1 viertel " " " " 1/2 —  
gegen Einsendung oder Nachnahme  
des Beitrages.

Jedermann erhält die Original-Staats-  
loose selbst in Händen und ist für  
Auszahlung der Gewinne von Seiten des  
Staates die beste Garantie geboten.

Alle Aufträge werden sofort mit der  
größten Aufmerksamkeit ausgeführt, amt-  
liche Pläne beigelegt und jegliche Aus-  
kunft wird gratis ertheilt. Nach stattge-  
fundener Gewinnziehung erhalten die  
Interessenten amtliche Urteile und Gewinne  
werden prompt überichtet.

Die Gewinnziehung dieser großartigen  
Kapitalien-Verloosung steht nahe bevor,  
und da die Beteiligung hierbei voraus-  
sichtlich sehr lebhaft sein wird, so beliebe  
man, um Glücklosse mit der Devise:  
„Das Glück blüht im Weinberge“ aus  
meinem Debit zu erhalten, sich baldig-  
stens direkt zu wenden an

**J. Weinberg jun.**

Staats-Efecten-Handlung,

Hohe Bleichen Nr. 29 in Hamburg.

Kanonenpl. 8 3 Dr. ist eine möbl. Stube  
mit Bedienung zu verm.

Mehrere brauchbare und tüchtige  
Schriftsteller finden sofort Einga-  
gement bei

**W. Decker & Comp.** Posen.

Zur Verwaltung eines Waldes wird  
ein mit diesem Fach vertrau-  
ter, mit guten Alterskenntnissen ver-  
sehener

**Buchhalter**

zum sofortigen Antritt gesucht.

Offerten franco **L. G.** poste  
restante Posen.

Ein Haushalte und ein Laufbursche  
werden verlangt von

**S. Kronthal & Söhne.**

Einen jungen Mann, mos., der deutschen  
und polnischen Sprache und Buchführung  
mächtig, gewandter Verkäufer, suche ich per-  
hald oder 1. Juli c. für meine Eisenhandlung.

**Mareus Peyer.**

Samter.

Für mein Colonial-Waren-, Wein- und  
Cigarren-Geschäft suche einen

**Lehrling**

zum baldigen Antritt.

**Albert Classen,**

vorm. **Ernst Malade.**

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei

**Leidor Bradt.**

Stettin, den 31. März 1870. (Marcuse & Maass.)

Nr. 1. möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zum

1. April c. bei Petersdorf, Bronkerstr. 7.

Ein großes Geschäftslokal mit Schau-  
fenster ist vom 1. Juli d. J. Markt 62 zu  
vermieten. Näheres bei Jacob Sluzewski.

1 möbl. Zimmer zu verm. zum 1. April c.

Friedrichstr. 21, parterre.

| Weizen, behauptet. | Brühjahr . . . . | 62 | 62 | Brühjahr . . . . | 15 1/2 | 15 1/2 |
|--------------------|------------------|----|----|------------------|--------|--------|
| Brühjahr . . . .   | 62               | 62 | 62 | Brühjahr . . . . | 15 1/2 | 15 1/2 |
| Brühjahr . . . .   | 62               | 62 | 62 | Brühjahr . . . . | 15 1/2 | 15 1/2 |
| Brühjahr . . . .   | 63               | 63 | 63 | Brühjahr . . . . | 15 1/2 | 15 1/2 |
| Brühjahr . . . .   | 43               | 43 | 43 | Brühjahr . . . . | 13     | 13     |
| Brühjahr . . . .   | 43               | 43 | 43 | Brühjahr . . . . | 12 1/2 | 12 1/2 |
| Brühjahr . . . .   | 44               | 44 | 44 | Brühjahr . . . . | 12 1/2 | 12 1/2 |

Stettin, den 31. März 1870. (Marcuse & Maass.)

Nr. 2. möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zum

1. April c. bei Petersdorf, Bronkerstr. 7.

Ein großes Geschäftslokal mit Schau-  
fenster ist vom 1. Juli d. J. Markt 62 zu  
vermieten. Näheres bei Jacob Sluzewski.

1 möbl. Zimmer zu verm. zum 1. April c.

Friedrichstr. 21, parterre.

Stettin, den 31. März 1870. (Marcuse & Maass.)

Nr. 3. möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zum

1. April c. bei Petersdorf, Bronkerstr. 7.

Ein großes Geschäftslokal mit Schau-  
fenster ist vom 1. Juli d. J. Markt 62 zu  
vermieten. Näheres bei Jacob Sluzewski.

1 möbl. Zimmer zu verm. zum 1. April c.

Friedrichstr. 21, parterre.

Stettin, den 31. März 1870. (Marcuse & Maass.)

Nr. 4. möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zum

1. April c. bei Petersdorf, Bronkerstr. 7.

Ein großes Geschäftslokal mit Schau-  
fenster ist vom 1. Juli d. J. Markt 62 zu  
vermieten. Näheres bei Jacob Sluzewski.

1 möbl. Zimmer zu verm. zum 1. April c.

Friedrichstr. 21, parterre.

Stettin, den 31. März 18

ständigt 500 Gr. Kündigungspreis 3 St. 8 Gr. — Weizen neuerdings etwas billiger verkauft. — Hafer loko matter, Termine ein wenig niedriger. — Rübel unbekannt, Stimmung matt. Geländigt 100 Gr. Kündigungspreis 18½ St. — Spiritus ist wenig beachtet und hat sich im Werthe neuerdings verschlechtert, schließt dann aber in etwas besserer Haltung. — Weizen loko pr. 2010 Pf. 48—65 St. nach Qualität, pr. 2000 Pf. pr. diesen Monat. — April-Mai 57 a 56½ St. hi., Mai-Juni 58 a 57½ a 58 St., Juni-Juli 59 a 59½ St., Juli-August 60 a 60½ St. — Roggen loko pr. 2000 Pf. 45 a 46½ St. hi., pr. diesen Monat. — April-Mai 44 a 43½ a 44 St., Mai-Juni 44 a 43½ a 44 St., Juni-Juli 45 a 45½ St., Juli-Aug. 46 a 45½ St., August 46½ St. — Weizen loko pr. 1250 Pf. 20 a 45 St. nach Qualität. — Hafer loko pr. 1200 Pf. 23—27½ St. nach Qualität, 23½—26½ per diesen Monat. — April-Mai 24 a 25 a 25 St., Mai-Juni 25½ St., Juni-Juli 26 St., Juli-Aug. 26½ St. — Weizen pr. 2250 Pf. Kochmaize 50 55 St. nach Qualität. Butterware 42—47 St. nach Qualität. — Leinöl loko 12 St. inst. Fass 50, 12½ St. inst. Fass 50. — Rübel loko pr. 100 Pf. ohne Fass 14 St. hi., pr. diesen Monat 14 St. März-April do. April-Mai 13½ St., Mai-Juni 13½ St., Juli-Aug. 13½ St., Sept.-Okt. 12½ St. — Petroleum raffiniert (Standard white) pr. Gr. a 10 St. loko 50 Pf. St. pr. diesen Monat 8½ a 10 St. hi., März-April 7½ St., April-Mai 7½ St., Sept.-Okt. 7½ St. — Spiritus pr. 8000% loko ohne Fass 14½ St. hi., loko mit Fass —, pr. diesen Monat 15 a 1½ St. hi., u. Br. 15½ St., März-April do., April-Mai do., Mai-Juni do., Juni-Juli 15½ a 1½ St. hi., u. Br. 15½ St., Juli-August 16 a 1½ St. hi., u. Br. 16½ St. — Reis. Beizemehl Nr. 0 4—3½ St., Nr. u. 1 3½—3½ St., Roggenmehl Nr. 0 3½—3½ St., Nr. u. 1 3½—3½ St. pr. Etikett verändert. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. St. unverändert inst. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. St. unverändert inst. Sad.; pr. diesen Monat 3 St. 8 Gr. St. 5½ Gr. a 3 St. 6 Gr. hi., Mai-Juni 3 St. 5½ Gr. a 3 St. 6½ Gr. hi., Juni-Juli 3 St. 7 Gr. hi. (B. D. S.)

sein 23—25, hochseine 26—27½. — Roggen (p. 2000 Pf.) niedriger, pr. März und April 42 St., April-May 42—41½ St., Mai-Juni 42½ St., Juni-Juli 43½ St., Sept.-Okt. 44 St. — Weizen pr. März 50 St. — Gerste pr. März 41 St. — Hafer pr. März 42½ St., Frühjahr 42 St., — Lupinen füll. p. 90 Pf. 56—61 Gr. Butterware 43—52 Gr. — Rübel matter, loko 12½ St. hi., pr. März 13½ St., März-April 13½ St., April-May 13½ St. hi., u. Br. Mai-Juni 13½ St., Sept.-Okt. 12½ St. — Weizenpr. St. 66—68 Gr. — Getreidepr. St. 79—81 Gr. — Spiritus wenig verändert, loko 14½ St., 14½ St., pr. März u. März-April 14½ St. u. Br., April-May 14½ St., St. u. Br., Mai-Juni 14½ St., Juni-Juli 15½ St., Juli-August 15½ St., St. u. Br., August-Sept. 15½ St. — Sinf. ohne Umsch. Die Börse-Kommission.

### Breslau, den 30. März.

Preise der Cerealeen. (Gefestigungen der polizeilichen Kommission.)

|                | feine | mittlere | ord. Ware. |
|----------------|-------|----------|------------|
| Weizen, weißer | 77—79 | 73       | 62—68 Gr.  |
| do. gelber     | 71—73 | 70       | 64—67      |
| Roggen         | 55—56 | 51       | 52—53      |
| Gerste         | 45—47 | 44       | 40—42      |
| Hafer          | 31—32 | 29       | 27—28      |
| Erbsen         | 56—60 | 53       | 46—50      |

(Bresl. Höde-Bil.)

Bromberg, 30. März. Wind: Ost. Witterung: trübe. Morangs 20+. Mittags 40+. Weizen 118—122 Pf. 52—54 Thlr. 123—127 Pf. 54—58 Thlr., keine Qualitäten über Mollz. — Roggen 120—125 Pf. 39—41 Thlr. pr. 2000 Pf. Bölgemehl. — Gerste 33—35 Thlr. pr. 1875 Pf. — Erbsen 37—41 Thlr. pr. 2250 Pf. Bölgem. — Spiritus 14½ Thlr. (Bromb. Sta.)

### Preis-Courant der Mühlen-Administration zu Bromberg vom 27. März 1870.

| Benennung der Fabrikate.  | Unversteuert,  | Versteuert,    |   |
|---------------------------|----------------|----------------|---|
|                           | pr. 100 Pf.    | pr. 100 Pf.    |   |
|                           | Thlr. Sgr. Pf. | Thlr. Sgr. Pf. |   |
| Weizen-Mehl Nr. 1.        | 4 2½           | 5 26           | — |
| " 2.                      | 4 10           | 5 12           | — |
| " 3.                      | 3 18           | —              | — |
| Hutter-Mehl               | 1 26           | 1 26           | — |
| Kleie                     | 1 14           | 1 14           | — |
| Roggen-Mehl Nr. 1.        | 3 16           | 3 23           | — |
| " 2.                      | 3 6            | 3 13           | — |
| " 3.                      | 2 10           | —              | — |
| Gemengt-Mehl (hausbaden). | 3              | 3 7            | — |
| Schrot                    | 2 14           | 2 19           | — |
| Hutter-Mehl               | 1 25           | 1 25           | — |
| Kleie                     | 1 22           | 1 22           | — |
| Graupe Nr. 1.             | 7 6            | 7 19           | — |
| " 3.                      | 5 16           | 5 29           | — |
| " 5.                      | 3 20           | 4 3            | — |
| Grüze Nr. 1.              | 4 16           | 4 29           | — |
| " 2.                      | 4              | 4 13           | — |
| Koch-Mehl                 | 2 10           | —              | — |
| Hutter-Mehl               | 1 26           | 1 26           | — |

G. Lit. B. — Rechte Oder-Ufer-Bahn 89½—90½ St. Rosel-Oberberg — Amerikaner 96 St. Italien. Anleihe 55½ St.

### Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, 30. März. (Schlußkurse der offiziellen Börse.) best. Nationalanleihen 71, 10, Kreditaktien 292, 00, St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 296, 00, Salzater 243, 20, London 124, 15, Böhmisches Eisenbahn 234, 50, Kreditloch 162, 75, 1860er Loos 98, 00, Lomb. Eisenb. 242, 60, 1864er Loos 121, 25, Napoleon'sdor 9, 89.

Wien, 30. März. Die Einnahmen der lombardischen Eisenbahn (öster. Reg.) betragen in der Woche vom 19. bis zum 25. März 420,178 St., was gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres eine Mindererstattung von 127,806 St. ergibt.

Berlin, 30. März. Die Börse eröffnet für fremde Spekulationspapiere und durchschnittlich behauptet. In Banken blieb das Geschäft beschränkt. Von inländischen Fonds waren konsolidierte und 4% pro. Anleihe lediglich, aber etwas niedriger; österreichische wenig verändert; von russischen waren Prämienanleihen niedriger, aber ebenso wie Boden-Kredit sehr belebt; Liquidations-Pfandbriefe offenbart; Eisenbahnen zu niedrigeren Preisen gefragt. Inländische Prioritäten blieben fest und belebt; österreichische stell und fest; russische behauptet, amerikanische blieben fest und in gutem Verhältnis. — Sehr bedeutendes Geschäft bei steigender Tendenz stand heut in rumänischen Obligationen statt.

Liquidationskurse: Italiener 55½, österreich. Kredit 159½, 1860er Loos 79½, Galizier 99½, böhmische Eisenbahn 95½, Franzosen 218, Lombarden 132, 1864er russische Prämienanleihe 116, 1860er 114, Amerikaner 96, russ.

Banknoten 74½, Wien 1. S. 82½, 3. S. 81½, Türken 45½, russische Boden-Kredit 8½, Reichsb.-Pardubitzer 75.

### Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 30. März 1870.

#### Preußische Börsen.

| Ausländische Bonds.  |          |
|----------------------|----------|
| Deutsche Metalliques | 95½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1859  | 101½ St. |
| Reichs-Anleihe 1860  | 100½ St. |
| Reichs-Anleihe 1861  | 98 St.   |
| Reichs-Anleihe 1862  | 93 St.   |
| Reichs-Anleihe 1863  | 93 St.   |
| Reichs-Anleihe 1864  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1865  | 92 St.   |
| Reichs-Anleihe 1866  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1867  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1868  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1869  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1870  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1871  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1872  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1873  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1874  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1875  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1876  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1877  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1878  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1879  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1880  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1881  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1882  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1883  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1884  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1885  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1886  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1887  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1888  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1889  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1890  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1891  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1892  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1893  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1894  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1895  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1896  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1897  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1898  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1899  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1900  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1901  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1902  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1903  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1904  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1905  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1906  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1907  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1908  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1909  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1910  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1911  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1912  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1913  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1914  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1915  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1916  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1917  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1918  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1919  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1920  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1921  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1922  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1923  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1924  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1925  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1926  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1927  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1928  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1929  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1930  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1931  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1932  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1933  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1934  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1935  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1936  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1937  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1938  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1939  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1940  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1941  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1942  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1943  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1944  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1945  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1946  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1947  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1948  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1949  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1950  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1951  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1952  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1953  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1954  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1955  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1956  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1957  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1958  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1959  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1960  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1961  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1962  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1963  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1964  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1965  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1966  | 92½ St.  |
| Reichs-Anleihe 1967  |          |